

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Bietjahr 2.30 RM., monatlich 1.10 RM.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Annoncen-
zeile oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gesellschaftliche Erörterun-
gen und Besprechungen 30 Pf., für
Kleinanzeigen, das festgedruckte
Wort 20 Pf., (zählend 2 festgedruckte
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf.,
Stellengelder und Schlußzeilenan-
zeigen das volle Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 151 90-151 97.
Mittwoch, den 14. Juli 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 151 90-151 97.

Relative Kampfesruhe an allen Fronten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 13. Juli. (B. Z. V.) Amtlicher Kriegs-
bericht von gestern nachmittag. Im Laufe der
Nacht herrschte große Tätigkeit an verschiedenen Stellen der
Front. Für die Abschnitte bei Arras unternahm der
Feind, nachdem er eine große Zahl erstickender Geschosse
geschleudert hatte, gegen Mitternacht südlich Souchez einen
Angriff, der mißlang. Ein zweiter Angriff gegen 2 Uhr
gestaltete ihm, den Friedhof und einige Stücke der unmittel-
bar anschließenden Schützengräben zu besetzen. Ein sehr
heftiger Kampf mit Handgranaten spielte sich in den
Schützengräben des „Compact“, südöstlich Neuville-
St. Raaest ab, ohne beachtenswerten Gewinn auf der
einen oder der anderen Seite. Auf dem Plateau nördlich der
Dise gegenseitiges Bombardement, welches in den Gebieten
von Quennebières-Roubroun besonders heftig ist. In den
Argonnen Kampf mit Fröschen und Mienen mit Eingreifen
unserer Artillerie. Im Boevre beschoß der Feind heftig
Fresnes en Boevre mit Granaten aller Kaliber. Er ver-
suchte mehrere Angriffe zu unternehmen, einen bei Saub en
Boevre, die anderen im Walde von Apremont, am Bauz
Fery und Lété à Vache. Er wurde überall zurückgeworfen.
In den Vogesen sprengten die Deutschen eine Mine in der
Nähe unserer Stellungen südwestlich Ammerzwilser und warfen
sodann einen Angriff mehrerer Kompagnien vor, der mit be-
deutenden Verlusten zurückgeworfen wurde. Wir machten
einige Gefangene.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 13. Juli
1915. (B. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein französischer Handgranatenangriff bei der
Zuckerfabrik von Souchez wurde abgewiesen.
Im Anschluß an den Sturm auf den Kirchhof wurde
darüber hinaus unsere Stellung in einer Breite von 600
Metern vorgeschoben und auch das an der Straße nach
Arras gelegene Cabaret Rouge genommen. Die Zahl der
Gefangenen hat sich auf 3 Offiziere 215 Mann erhöht.
Verschiedene Ansätze zu feindlichen Gegenangriffen wur-
den unter Feuer genommen; ihre Durchführung wurde
dadurch verhindert.

Zwischen Maas und Mosel entwickelte der Feind
lebhafteste Artillerietätigkeit. Viermal griff er im Laufe
des Abends und der Nacht unsere Stellungen im Priester-
walde an. Die Angriffe brachen unter großen Verlusten
vor unseren Linien im Feuer zusammen.

Ostlicher und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.
Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 13. Juli. (B. Z. V.) Amtlich wird verlaut-
bart, 13. Juli, mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die allgemeine Lage ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In der kältenländischen Front fanden gestern stellenweise
heftige Artilleriekämpfe statt. Ein Angriff mehrerer
italienischer Infanterieregimenter bei Redipuglia wurde abge-
wiesen. — Die Lage im Kärntner und Tiroler Grenzgebiete ist
unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
H. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Koropez zurück. Unsere Volkouillen unternahmen am oberen
Bug und an der Flota Ripa eine Reihe erfolgreicher Er-
kundungen.

Die Meldung Cadornas.

Rom, 13. Juli. (B. Z. V.) Bericht des Generalstabes
vom 12. Juli abends. In Kärnten verließ der Feind in-
folge einer glücklichen Offensive unserer Truppen am 11. Juli
früh auf den Höhen, die den Südbahngang des Torrent Anger
bilden, seine vorgeschobenen Stellungen, die er besetzt hatte,
nachdem er die Befestigungen zerstört hatte. Im Arn-
gebiet (Monte Nero) versuchte der Feind in der Nacht vom
10. zum 11. während eines heftigen Gewitters einen über-
raschenden Angriff gegen unsere Stellungen. Er wurde auf
der Stelle zurückgeworfen. Auf dem übrigen Teil der Front
keine wichtigen Ereignisse.

Die Kriegslage in Italien.

Von der Schweizer Grenze, 13. Juli. (Z. U.) Der militärische
Mitarbeiter der „Vasler Nachrichten“ äußert sich über die
gegenwärtige militärische Lage Italiens wie folgt: Im großen und
ganzen ist auf dem italienischen Kriegsschauplatz neuerdings ein Still-
stand in den Operationen eingetreten. Der Grund dürfte wohl der
sein, daß es Italien an Artillerie mangelt, um die an der ganzen
Grenzfront begonnene Beschließung der Grenzforts und Befestig-
ungen zu Ende zu führen. Immer wieder tauchen
Gerüchte auf, daß an der süditalienischen Küste ein
starkes Expeditionskorps für Albanien oder
die Dardanellen versammelt werde. Was daran wahres ist, ist jetzt
natürlich noch nicht festzustellen. Daß der Unterstab der Armee,
General Porro nach Paris gereist ist, dürfte mit der Fortsetzung des
italienischen Feldzuges zusammenhängen. Ob es bei den gegen-
wärtig in Frankreich stattfindenden Konferenzen gelingen wird, einen
einheitlichen Plan für die Offensive der Verbündeten festzusetzen,
wird die Zukunft lehren.

Die rumänische Gefahr.

Die Feuerglocke läutet Sturm: Rumänien besteht
auf dem Verbot der Waffen- und Munitions-
durchfuhr.

Die Aufregung ist nachgerade begreiflich. An dem freien,
unkontrollierten Warenverkehr zwischen den Mittelmächten und
der Türkei hängt das Schicksal der Dardanellen. Alle Tapferkeit der
Verteidiger ist nutzlos, wenn ihnen Munition und Waffen fehlen.
Heute kostet eine einzige Schlacht mehr
Granaten und Schrapnell, als in der guten alten Zeit ein ganzer
rechtschaffener Feldzug. So kolossal ist der Munitionsverbrauch.
Gerade das macht die Größe der Gefahr aus, die den Ver-
teidigern droht. Und an die Abwehr der Dardanellenstürmer
ist das Schicksal Konstantinopels, des bösen Janapfels der
Welt, gebunden. Heute ist es ein Cassin der von den
Mittelmächten betriebenen Politik. Darum die zähe Arbeit
der Strategen und Diplomaten des Vierverbundes, ihn aus
dem Gefüge zu lösen. Das alte Wort Napoleons ist zu
neuen Ehren gekommen: Constantinople, c'est l'empire du
monde, an Konstantinopel hängt die Herrschaft der Welt.

Rumänien dokumentiert mit seiner hartnäckigen Weigerung
den festen Willen, die „Gelegenheit“ des Weltkrieges nicht un-
genutzt vorüberstreichen zu lassen. Wie im zweiten Balkan-
kriege will es jetzt mit dem denkbar geringsten Aufwand von
Gut und Blut den höchsten Gewinn erreichen. Der Ehrgeiz
seiner Nationalisten ist groß. Sie begnügen sich im Fördern nicht
mit Bessarabien, das freilich auch nicht rein rumänisch, sondern ein
russisches Mazedonien mit einer wirr durcheinandergewürfelten
ruthenisch-rumänisch-jüdischen Mischbevölkerung ist. Auch nicht
mit der Bukowina, dem Buchenland, das das östlichste Kron-
land des verbündeten Oesterreichs ist und in dem Lugatsa,
vor Jassy die alte Hauptstadt der Moldau liegt. Diese
sentimentalen Erinnerungen verlangen nicht.

Das Ziel der Herzenssehnsucht aller Nationalisten ist
Siebenbürgen, das zentrale Gebirgsland, das das ganze
Flußnetz der mittleren und unteren Donau von Budapest an
strategisch beherrscht. In Oesterreich-Ungarn wohnen weit mehr
als drei Millionen Rumänen, während in Bessarabien nur
wenig über eine Million siedeln.

Seit langem besteht eine rumänische Irredenta,
die mit viel Emphase die Befreiung der unerlösten Brüder
betreibt, obwohl im Königreich Rumänien die Befreiung der
Bauern von den blutsaugerischen Praktiken der Bojaren und
ihrer Pächter eine näher liegende und lohnendere Beschäftigung
geboten hätte.

Leider gaben Verwaltungsfünden dieser Agitation die er-
wünschte Gelegenheit, den nationalen Stolz und Widerstand
aufzurufen und zu beleben. Der frühere ungarische Minister-
präsident, Baron Banffy, erklärte 1906, allerdings als
schlichter Parlamentarier, als seinen Lebenszweck den Versuch,
„mit allen Mitteln“ einen einsprachigen ungar-
rischen Staat zu schaffen. So unbedachte Maximen mußten
erregen, jntemalen tatsächlich die Mehrheit der ungar-
ländischen Bevölkerung aus Nicht-Ungarn, aus Serben,
Kroaten, Rumänen, Deutschen, Slowaken, Ruthenen usw.
besteht.

In der „Kreuz-Zeitung“ hat Professor Doehsch lebhaft
geklagt, daß die Beziehungen der Zentralmächte zu Rumänien
in den letzten Jahren nicht genügend befestigt wurden. Der
konservative Politiker spielt damit auf den Bukarester
Frieden an, den die österreichisch-ungarische Diplomatie
zum großen Aerger der rumänischen Regierung im Interesse
Bulgariens einer Nachprüfung unterziehen wollte. In Deutsch-
land winkte man damals energisch ab: der Bukarester Frieden
blieb in Kraft. Aber in Rumänien schwand die Verstimmung
nicht.

Bis zu den Balkankriegen war dem Einfluß des rumä-
nischen Nationalismus das Gleichgewicht durch das Bedürfnis
Rumäniens gehalten worden, seine faktische Selbständigkeit
durch den Anschluß an die Mittelmächte vor dem großen Auf-
land zu schützen. Nach der Vervollständigung der Balkan-
völker in ihrem berühmten Kreuzzug gen Konstantinopel gewann
Rumänien eine andere Rückenbedingung; es fühlte sich in seiner
Unabhängigkeit noch durch die Freundschaft mit Italien
gestärkt, mit dem es sich durch gleiche Interessen gegen Rußland
und Oesterreich-Ungarn verbunden glaubte.

Das schwerste Bedenken Rumäniens bestand noch in der
Furcht vor einer Russifizierung der Dardanellen. Das hätte
freilich bedeutet, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, und
die Ausfuhr des Landes von den russischen Weltkäufern ab-
hängig gemacht. Nun haben aber Frankreich und England
angeblich die Versicherung abgegeben, daß Konstantinopel
internationalisiert wird. Die deutsche Presse leugnet
dagegen die Aufrichtigkeit des Vierverbundes und erklärt seine
Versicherung als einen Täuschungsversuch.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 13. Juli. (B. Z. V.) Der Generalstab
des Generalissimus meldet: Auf einigen Abschnitten
der Vobr- und Narewfront fanden lebhafteste Zu-
sammenstöße statt. Bei Ossowicz gegenseitige Beschießung.
In der Gegend von Edbavno brachten wir erfolgreich eine
deutsche Minenstolle zur Explosion. Zwischen der Bissa und
der Hojoza wurde die deutsche Offensive zurückgeschlagen.
Vom Dorf Eduwoiez bis Prjasnyj heftige Artilleriefireuer
und Vorhutgefechte. Auf dem linken Ufer der Weichsel
herrscht Ruhe. In der Gegend Lublin sind die Kämpfe
gleichfalls unterbrochen. Nachdem unsere Truppen ihre am
5. Juli begonnene Gegenoffensive beendet und dabei wichtige
Erfolge errungen hatten, halten sie zurzeit die ihnen vor-
geschriebenen Stellungen auf den Höhen des rechten Ufers
des Flusses Urzendowez. In der Gegend von Abolm bei dem
Dorf Grabowez versuchte der Feind erfolglos sich unseren Be-
festigungen zu nähern. Am oberen Bug bei der Stadt
Busek unternahm der Feind am Abend des 10. Juli einen
Angriff mit mehreren Bataillonen. Wir ließen den Feind
bis zu einer Entfernung von 200 Schritten herankommen
und zerstreuten ihn dann durch unser Feuer. Der Feind ließ
dort viele Tote und Verwundete liegen. An der Flota Ripa
schlugen wir am 11. Juli Angriffe in der Gegend des
Dorfes Sarkow sowie am Dnjepr in der Gegend des Dorfes

Es ist möglich, sich über das Geheimnis den Kopf zu zerbrechen, wie die Mittelmächte den Widerstand Rumäniens zu brechen, die Vierverbandsmächte zu stärken versuchen werden. Niemand kennt die Trümpfe der feindlichen Spieler. Aber dagegen muß kraftvoller Einspruch erhoben werden, daß zur Niederzwingung Rumäniens mit dem eindeutigen Wort „Clausure“ die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln empfohlen wird. Solche Drohungen pflegen just das Gegenteil ihrer beabsichtigten Wirkung zu erreichen. Die Vierverbandsagenten werden sicher mit dem Schluß rasch bei der Hand sein, Rumänien bleibe nicht Herr im eigenen Hause, wenn die Mittelmächte siegen, vor deren militaristischem Terror die ganze Welt kapitalisieren müsse — und das besonders, weil Rumänien nur sein Hausrecht wahr. Die treffende Worte moralischer Verurteilung würde man in Deutschland finden, versuchte England von Schweden die Durchführung nicht von Munitio und Waffen, sondern von Werkzeugmaschinen mit der gepanzerten Faust zu erzwingen? Aber gälte nicht daselbe Wort für Wort auch für einen Angriffskrieg der Mittelmächte gegen Rumänien? Es ist ein gutes Zeichen, daß die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“, die beide Rumänien nicht weniger eindringlich als die „Deutsche Tageszeitung“ vor einem Anschlag an den Vierverband warnen, auf die Predigt der Gewalt verzichten zu können glauben.

## Französische Hoffnung auf Rumänien.

Paris, 13. Juli. (W. T. V.) „Echo de Paris“ hofft, daß Rumänien schließlich doch eingreifen werde. Nach Einbringung der Exzute in Rumänien werde wohl endlich die Entscheidung fallen. Allerdings dürfte man sich nicht in allzu optimistischen Illusionen wiegen, denn in Rumänien seien zwei Parteien, die eine für, die andere gegen eine Intervention. Das beste Mittel, den schwankenden Staat von den Vorteilen zu überzeugen, die durch eine Intervention an der Seite des Vierverbandes erreicht werden können, sei, selbst sehr stark zu sein. Die Auffassung, daß eine Intervention Rumäniens zum mindesten sehr fraglich ist, wird von einem Teil der Pariser und von dem größten Teil der Provinzpresse geteilt. So schreibt der Sonderberichterstatter des „Lyoner Progrès“, daß die Verhandlungen Rumäniens mit dem Vierverband andauern, daß jedoch die Lage stationär bleibe. Man zeige in diplomatischen Kreisen in Bukarest bezüglich der Unterhandlungen einen gewissen Pessimismus. Alles lasse erkennen, daß Bratiano die Verhandlungen verwickeln wolle. Eine Intervention werde keinesfalls vor dem September erfolgen.

## Neues vom Feldmarschall Hindenburg.

IV.\*)

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben: Wer den Heldenkampf um die Befreiung und Verteidigung des deutschen Nordostens recht würdigen will, muß ein besonderes Augenmerk auf die Stelle richten, wo das südliche Kasuren an Westpreußen grenzt. Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt war hierher gelenkt, als der General v. Hindenburg den Russen bei Tannenberg die erste vernichtende Niederlage beibrachte. Seitdem sind in dieser Ecke gewaltige Schlachten von weithin klingenden Namen nicht mehr geschlagen worden; wohl aber haben dort zahllose schwere Gefechte stattgefunden, die von unseren Truppen äußerster Spannkraft und Widerstandsfähigkeit forderten und daher verdienen, einmal in großen Zügen dargestellt zu werden. Die schwerwiegende Bedeutung eines russischen Einbruchs auf Ostpreußen-Deutsch-Polen lehrt ein einziger Blick auf die Karte: es dreht sich um die Abtrennung des deutschen Landes rechts der Weichsel vom Reich. Das war natürlich nicht nur den Ostpreußen klar, die immer — solange überhaupt noch eine Gefahr bestand — mit mindestens gleicher Sorge nach Süden wie nach Osten blickten, sondern auch den Russen. Diese haben für eine Operation auf den Unterlauf der Weichsel hin günstige Eisenbahnverbindungen. Die drei bei Ostrolenka endenden Bahntrecken ermöglichen dort schnelle Ausladungen großer Truppenmassen, und die Linie Warschau—Mlawka—Soldau führt geradewegs in das Einmarschgebiet hinein. Darum ist der Besitz Mlawas von so hohem Wert. Es klingt glaubhaft, daß der russische Oberbefehlshaber im Februar befohlen haben soll, Mlawka zu nehmen, koste es, was es wolle.

Als die Narewarmee, die den ersten großen Einbruchversuch an dieser Stelle unternahm, ihr furchtbares Ende zwischen und in den südmasurischen Seen gefunden hatte, gingen die Russen längere Zeit hindurch hier nicht mehr mit starken Kräften vor. Immerhin hatten die verhältnismäßig wenigen Truppen des Generals von Jostrow, die in breiter Front die Grenze schützten und während der Vorbereitungen zu dem zweiten deutschen Einfall in Polen die Aufmerksamkeit des Feindes auf sich lenken sollten, eine recht schwere Aufgabe. Sie drangen weit in Feindesland ein, mußten vor einem überlegenen Gegner bis an die Grenze zurückweichen und gingen kurz vor Weihnachten wieder vor, um Mlawka endgültig zu besetzen. Die Front verlief westlich, der rechte Flügel hing also zurück. Da tauchte im Januar bei den Russen ein „neuer gigantischer Plan“ auf: sie wollten mit großen Kavalleriemassen, gefolgt von starken Kräften, zwischen Mlawka und der Weichsel noch Westpreußen einbrechen und gleichzeitig von Rowno her im nördlichen Ostpreußen stehende deutsche Truppen umfassend angreifen. Der neue Plan war also im wesentlichen nur eine Wiederholung des alten, im Herbst gescheiterten. Diesmal blieb er jedoch in den ersten Anfängen stecken, da er mit einem schneller durchgeführten deutschen Offensivplan zusammenfiel. Alle verfügbaren deutschen Kräfte wurden zu dem großen umfassenden Gegenstoß bereitgestellt, der dann in der masurischen Winterschlacht zur Vernichtung der 10. russischen Armee östlich der Linie Johanneburg—Gumbinnen führte.

Jugleich wurden auch die deutschen Truppen an der Südgrenze West- und Ostpreußens etwas verstärkt. Die Führung erhielt der General der Artillerie v. Gallwitz. Er hatte den Auftrag, die rechte Flanke der in Kasuren angreifenden Armeen zu schützen und seinen Grenzabschnitt gegen den russischen Einbruchversuch zu sichern. Dazu ging er offensiv vor. Zunächst wurde der rechte Flügel in scharfem Draufgehen nach vorwärts geschoben, bis er Ploß erreichte, das inmitten zu einer starken deutschen Festung ausgebaut war. Garderegimenter und eine Kavalleriedivision ernteten bei diesem schneidigen Einmarsch reiche blutige Lorbeeren in der Gegend von Siepe und Racions. Sie trieben einen überlegenen Gegner vor sich her und leisteten schließlich einer dreifachen Uebermacht erfolgreichen Widerstand. Ein besonderer Glucks- und Ehrentag der Gardetruppen war der von Drobin, wo sie einen bereits geblühten russischen Ueberfall in eine schwere Niederlage des Feindes verwandelten, der dabei 2500 Gefangene verlort. Das war Mitte Februar. Aber General v. Gallwitz plante Ordoheres. Er wollte durch einen umfassenden

Angriff von beiden Flügeln her das ganze vor seiner Front liegende Gebiet zwischen Weichsel und Orzhe säubern. Der rechte Flügel sollte weiter nach Osten einschwenken, und die in Willenberg eingetroffenen Heeresteile erhielten Befehl, vom Orzhe her die offene rechte Flanke des Feindes zu umgehen. Sie kamen, weit ausgreifend, plötzlich an Brzanschny vorbei und schwenkten südlich um die Stadt herum, die nur schwach besetzt sein sollte. Da ergab sich aber, daß angesichts des überraschend schnellen Vormarsches der Deutschen eine russische Division nach Brzanschny geeilt war. Der Angriff wurde beschossen. Inzwischen hatten jedoch die Russen große Truppenmassen am Rarew zusammengezogen und gegen Brzanschny in Marsch gesetzt. Zwei russische Korps gingen gegen den linken Flügel der deutschen Truppen vor. Trotzdem wollten diese auf die große Beute, die sich bot, nicht verzichten. Ein Teil noch verfügbarer Kräfte wurde zur Sicherung genau den nachenden, weit überlegenen Gegner im Halbkreis aufgestellt und unter diesem Schutze rückte am 24. Februar eine Reservedivision Brzanschny. Hier 10 000 Gefangene, darunter 57 Offiziere, 36 Geschütze, 14 Maschinengewehre und viel anderes Kriegsgut stießen in die Hand der Sieger. Allein es war höchste Zeit, die Beute in Sicherheit zu bringen; denn schon war die russische Uebermacht, gegen die ein Widerstand auf diesem bergehobenen Felsen fruchtlos gewesen wäre, in bedrohliche Nähe gerückt. Unter sehr erheblichen Schwierigkeiten zogen sich unsere Truppen nordwärts in die große Verteidigungslinie im Orzhebogen zurück, nachdem sie den russischen Drängern noch riesige Verluste zugefügt hatten.

Der Iede Sturm auf Brzanschny hatte eine sehr betrübliche Wirkung: er läutete den Feind, der nun an dieser Stelle den Feldmarschall v. Hindenburg selber mit starken Kräften vermutete. Das machte sich in der Folgezeit für die Truppen des Generals v. Gallwitz aufs schwerste fühlbar. Denn nun warfen die Russen immer neue Korps hierher, um die Scharte der masurischen Winterschlacht auszuweihen und die deutsche Linie in Richtung Soldau—Reidenburg zu durchbrechen. Unter solchen Umständen konnte der deutsche Führer an die Fortsetzung seiner Offensive nicht mehr denken, sondern mußte eine hartnäckige Verteidigung vorbereiten, auf deren Gelingen die beteiligten Truppen stolz sein dürfen als auf eine der besten Waffentaten des deutschen Heeres. Unsere Stellung bildete der Mlawka einen Winkel, da sie einerseits nach Südwesten auf Ploß hin, andererseits nach Ostnordost über die Höhen nördlich Brzanschny hinweg verlief. In diesem Winkel schoben die Russen Ende Februar bis Anfang März ihre Truppenmassen zunächst langsam hinein — dann brachen diese mit unerhörter Wucht vor. Mlawka war ihr Ziel. In dichtem, sich ständig erneuernden Kolonnen stürmten sie, ohne jede Rücksicht auf die furchtbaren Verluste, gegen die Stellungen östlich und südlich von Mlawka an. Aber die Menschenwogen brachen sich an dem Felsen deutscher Tapferkeit. Unsere Truppen hielten aus. Bei Demsk, östlich von Mlawka, findet man heute eine lange Reihe flacher, mit weißen Steinen eingefasster russischer Massengräber vor den deutschen Drahthindernissen — ernste Zeugen des Mißerfolges, den 48 russische Kompagnien im Sturm auf 10 deutsche Davongetrogenen haben. Der Frost hatte die Sumpfgegend, aus der hier der Orzhe entspringt, gangbar gemacht und so dem Feinde die Annäherung an unsere Stellung gestattet.

Nachdem über 1000 Geschosse aus schweren Geschützen in und hinter Demsk eingeschlagen waren, folgten die unaufhörlichen Angriffe der Infanterie. In der Nacht des 7. März kamen sie bis unmittelbar an den Stacheldraht. Aber unsere Scheinwerfer und Leuchtpistolen verbreiteten genug Licht, um nun dem verbessernden Infanterie- und Maschinengewehrfeuer den Weg zu weisen. Was vom Feinde nicht viel, floh in die nächste Bodenseite zurück, wo das Scheinwerferlicht die Verzweifelten bis zum Tagesanbruch festhielt. Dann ergaben sie sich den vorgeschobenen deutschen Partoutillen. Viel Munition, 800 Gewehre wurden genommen. Vor der Front fand man an dieser Stelle 300 tote Russen. Einige Kilometer nördlich aber, bei Kapusnik, wo der Feind in unsere Schützengräben eingedrungen war und durch einen verzweifelten Bajonettkampf wieder vertrieben werden mußte, liegen 906 Russen begraben — und 184 Deutsche.

Im ganzen hatte der Feind bei seinen vergeblichen Angriffen auf Mlawka viele Tausende verloren; so viel, daß seine Kampfkraft erschüttert schien und General v. Gallwitz mit teilweise frischen Kräften nun seinerseits einen Vorstoß versuchen konnte. Dieser begann am 8. März, kam aber am 12. März nördlich Brzanschny zum Stehen, da auch die Russen von neuem bedeutende Verstärkungen erhielten. Sie waren bald in großer Ueberzahl. Auf etwa 10 Armeekorps und 7 Kavallerie-Divisionen wurde ihre Stärke geschätzt. Wir mußten uns wieder auf die Verteidigung einrichten, und unsere Truppen, die zum Teil schon 4 Wochen lang in fast ununterbrochenem Kampfe gestanden hatten, mußten einen neuen harten Stoß aushalten. Der ging diesmal nicht auf Mlawka zu, sondern nordöstlich von Brzanschny am Orzhe und Omulew hinauf. Er wurde nach russischer Eigenart in sehr zahlreichen und sehr heftigen Angriffen geführt. Man zählte vom 13. bis zum 23. März 48 erstere Sturmversuche, 25 bei Tage, 21 bei Nacht. Fast alle brachen bereits im Feuer unserer Truppen zusammen, wenige gelangten bis in die deutschen Gräben. Besonders schwere Kämpfe fanden bei Jednorozog statt. Wieder erlitten die Russen erhebliche Verluste, ohne ihrem Ziel näher zu kommen: die Südgrenze Ostpreußens war wohl verteidigt und ein Einbruch in die Flanke unserer Oststellung undurchführbar.

In der letzten Märzwoche slauten die russischen Angriffe ab, und seit Ostern herrscht an dieser Stelle der Kampffront weit Ruhe. Sie ist dem heldenmütigen Widerstande der Truppen des Generals v. Gallwitz zu danken. Sechs Wochen lang haben sie in Kälte und Nässe, in Schnee und Sturm wachlos, unermüdet die Heimat verteidigt und sich glänzend bewährt. Es war keine Schlacht mit weithin klingendem Namen — aber es waren viele, viele harte Kämpfe, deren Erfolg den mancher großer Schlacht übertrifft. In diesem Sechswochen-Ringen um das südliche Einfallstor in Ostpreußen haben die Truppen des Generals v. Gallwitz 43 000 Russen gefangen genommen und gegen 25 000 getötet. Der Gesamtverlust des Feindes überschreitet sicherlich die Zahl 100 000. Wer unsere braven Truppen jetzt frühlich in ihren Waldhütten und geräumigen Schützengräben hantieren sieht, vergißt beinahe, wach harte blutige Zeit hinter ihnen liegt. Aber die zahllosen Soldatengräber, die über das ganze blühende Land verstreut sind, und die Trümmer der Städte und Dörfer halten die ernste Erinnerung wach. Auch dieser Teil des Kriegstheaters hat viel Leiden, hat viele Helben gesehen. (W. T. V.)

## Der türkische Krieg. Der türkische Generalstabsbericht.

Konstantinopel, 13. Juli. (W. T. V.) Der Generalstab berichtet von der Front an den Dardanellen vom 11. Juli. Bei Ari Vurnu beiderseitige Beschließung ohne Bedeutung. Am Nachmittag beschoß ein Kreuzer unter dem Schutze von Torpedobooten und mit Hilfe eines Ballons einige Zeit ohne Erfolg unseren rechten Flügel und zog sich darauf zurück. Bei Sedd ul Bahr Artilleriekampf mit

Pausen auf dem rechten Flügel und im Zentrum. Unsere anatolischen Batterien beschossen wirksam bei Mortosman die Truppen, Batterien, Luftschiffhallen und Flugzeuge des Feindes.

An den anderen Fronten hat sich nichts Wichtiges ereignet.

## Der Seekrieg. Der U-Bootkrieg.

Grimsby, 13. Juli. (W. T. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Fischdampfer „Gainton“ ist gestern in der Nordsee von einem Unterseeboot versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet.

London, 13. Juli. (W. T. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Besatzungen der Fischdampfer „Merlin“ und „Emerald“ sind heute in Lowestoft gelandet worden. Die beiden Schiffe waren durch Bomben, die von den Besatzungen deutscher Unterseeboote an Bord gelegt worden waren, in die Luft gesprengt worden.

## Gegen den Mißbrauch neutraler Flaggen.

Stockholm, 13. Juli. (W. T. V.) Gegen den Mißbrauch der schwedischen Flagge hat der König an die Lotterien- und Zollbehörden eine Verordnung erlassen, wonach sofort, wenn ein ausländisches Schiff mit Abzeichen einer anderen Nationalität, als dem Schiff wirklich zugehört, in einen schwedischen Hafen einläuft, der Sachverhalt der Generalzolldirektion telegraphisch zu melden und die Auslieferung nicht eher zu bewerkstelligen ist, als bis die Genehmigung des Königs dazu eintrifft. Das Schiff darf bis auf weiteres nicht abgehen oder ausgeliefert werden. Ein ausländisches Schiff, welches fälschlich die schwedische Flagge oder schwedische Nationalitätsabzeichen führt, darf außer in Seenot nur bis zum nächsten Zollplatz gelockt werden, und der betreffende Lotse hat bei den betreffenden Zollbehörden die Einlösung anzumelden.

Stockholms „Dagblad“ bemerkt dazu, daß diese Bestimmungen von allen mit Befriedigung begrüßt werden dürften, welche die Notwendigkeit einsehen, die Würde des Reiches und das Recht der schwedischen Flagge zu wahren.

## Massenerwerb von Handelsschiffen durch Frankreich.

Lyon, 13. Juli. (W. T. V.) Die „Progrès“ meldet, hat der Wirtschaftsrat in seiner letzten Sitzung unter dem Vorstehe des Justizministers Briand den Beschluß gefaßt, daß der Staat 100 bis 150 Handelsschiffe im Ausland kaufen soll. Diese Maßnahme, deren Durchführung von autorisierten Personen als bedingend betrachtet wird, hängt mit der großen Kohleneinfuhr Frankreichs zusammen, um den Bedarf für den nächsten Winter zu decken.

## Die Aufnahme der deutschen Note in Amerika.

London, 13. Juli. (W. T. V.) Die „Times“ erfährt aus Washington, es bestehe kein Zweifel darüber, daß die Vorschläge der deutschen Note abgelehnt werden würden. Die gesamte amerikanische Presse finde die Vorschläge unerträglich, beleidigend, zynisch, jämmerlich und durchweg enttäuschend. Die deutsch-amerikanischen Blätter und die Organe, deren Besitzer Deutsche seien, nähmen natürlich einen anderen Standpunkt ein. Aber wenn auch die ganze amerikanische öffentliche Meinung entrüstet und enttäuscht sei, so beständen doch wenig Anzeichen, daß eine Krise heraufbeschworen werde. Von Krieg werde faktisch nicht gesprochen, über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen werde weniger gesprochen als vor sechs Wochen. Obwohl man allgemein der Ansicht sei, daß weitere Verhandlungen mit vagen Worten zwecklos seien und darauf hingewiesen werde, daß man handeln müsse, werde von allen Seiten betont, daß nichts gesagt und getan werden dürfe, was die Freiheit des Handels des Präsidenten beeinträchtigen könnte. Man argumentiere so: Man habe dem Präsidenten früher freie Hand gelassen, um den Standpunkt der Vereinigten Staaten in Noten auseinanderzusetzen und er habe sich dieser Aufgabe vortrefflich entledigt, man müsse ihm also auch jetzt freie Hand lassen.

Der Korrespondent der „Morning Post“ in Washington kommt zu folgendem Schluß: Allgemein wird dargelegt, daß die Note nicht derart ist, daß es gerechtfertigt sein würde, wenn die Vereinigten Staaten zu ersten Schritten ihre Zustimmung nähmen. Die Kommentare der Presse sind entschieden in dem Sinne gehalten, man solle einen weiteren Druck auf Deutschland ausüben, aber den Frieden aufrechterhalten.

## Der Krieg und die Kolonien. Die Uebergabe von Deutsch-Südwestafrika.

London, 13. Juli. (W. T. V.) Das Uebergabeprotokoll von Deutsch-Südwest ist von Botha, Gouverneur Sigh und Oberstleutnant Franke unterzeichnet. Das Protokoll bestimmt noch, daß der Gouverneur einen Zivilbeamten und der Kommandeur der Schutztruppe einen Offizier beauftragen sollen, um ein Verzeichnis allen deutschen Staatseigentums im Schutzgebiet aufzustellen, das der Unionregierung auszuhandigen ist.

Pretoria, 13. Juli. (W. T. V.) Amtlich wird die nachgeprüfte Ziffer der deutschen Gefangenen auf 204 Offiziere und 3293 Mann angegeben. 37 Feldgeschütze und 22 Maschinengewehre wurden erbeutet.

London, 13. Juli. (W. T. V.) Das Reutersche Bureau meldet aus Kapstadt: Die verlautet, wird der Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika auf Ehrenwort freigelassen werden. Er wird seinen Wohnsitz in Grootfontein nehmen, wo seine Gattin sich bereits befindet.

## Zerstörung der „Königsberg“.

London, 13. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Admiralität teilt mit, daß die Monitore „Severn“ und „Mersey“ den deutschen Kreuzer „Königsberg“ in der Mündung des Rufsbi am 4. und 11. Juli beschossen und gänzlich zerstört haben.

Zu der Meldung der englischen Admiralität gibt das Reutersche Bureau noch folgende Einzelheiten. Die Lage des Kreuzers „Königsberg“ machte den Angriff höchst mühsam. Nur Fahrzeuge mit geringem Tiefgang konnten dicht genug herankommen. Nachdem ein Flieger genau den Platz festgestellt hatte, wo das Schiff lag, dampften die Monitore am 4. Juli staufwärts und eröffneten das Feuer. Die „Königsberg“ antwortete sofort mit gutgezielten schnellen Salven aus fünf Kanonen. Die „Mersey“ wurde zweimal getroffen. Eine Granate tötete vier Mann. Da die „Königsberg“

\*) Siehe Nr. 168, 186 und 189 des „Vorwärts“.

ganz im Gefräuch lag, hatten die Flieger die größte Mühe, festzustellen, von wo aus geschossen wurde. Am Anfang des Gefechts wurde das deutsche Schiff fünfmal getroffen. Nach dem sechsten Schuß meldeten die Flieger, daß die Masten noch ständen. Dann traf eine Salve die „Königsberg“, so daß die Flammen zwischen den Masten aufschlugen. Dennoch feuerten die Deutschen mit einer Kanone mit Unterbrechungen weiter. Schließlich schlug das Geschütz, entweder wegen Munitionsmangels oder weil es beschädigt war. Die „Königsberg“ war zwar nicht gänzlich vernichtet, aber doch außerstande zu kämpfen. Am 11. Juli wurde die „Königsberg“ in einem zweiten Angriff ganz vernichtet. Der Kreuzer „Weymouth“ und „Pioneer“ halfen den Monitoren durch Beschießen der an der Küste aufgestellten Geschütze. Die „Weymouth“ hatte zwei Verwundete.

(Anmerkung der Redaktion des B. L. B.: Von deutscher Seite liegen über die vorstehenden Nachrichten noch keine Meldungen vor.)

## England das „feindliche Prinzip“ — mit Rußland eine Verständigung möglich!

Von „sehr geschäfter Seite“ erhalten die „Berliner Neuesten Nachrichten“ einen Artikel, in dem es heißt:

„In Deutschland weiß man schon seit Klausewitz, daß im Kriege von vornherein jede verfügbare Kraft anzupassen ist, um zum Ziel zu kommen. England lernt das erst, nachdem die Hoffnung fehlgeschlagen ist, auch diesen Krieg wieder von den Heeren der Verbündeten schlagen zu lassen und sich mit Subsidien zu begnügen. Für uns aber erhebt sich die Entwicklung, daß wie mit unserer Kriegsführung gegen England den richtigen Weg beschritten haben. Nicht nur zu der unvermeidlichen großen Auseinandersetzung mit eigenen Mitteln haben wir England gezwungen; der Feind ist jetzt soweit, daß er die letzte Reserve heranzieht. Das ist gelungen, weil wir England auf dem Wirtschaftsbereich, d. h. an seiner Achillesferse, getroffen haben. England weiß sehr gut, warum es den amerikanischen Präsidenten als Vorposten benutzen möchte, um womöglich jetzt noch den von unseren Unterseebooten geführten Wirtschaftskrieg zu befeitigen und so wieder Luft zu bekommen. Es wäre kein freundschaftlicher Akt gegen Deutschland, wenn die Vereinigten Staaten sich zum Fürsprecher einer solchen für uns selbstmörderischen Politik machen würden. Aber es steht außer Frage, daß Deutschland fest und unerschütterlich an seinem Kriegsprogramm gegen seinen gefährlichsten Feind festhalten und England darüber belehren wird, daß der Ursprung seiner Welt Herrschaft nicht mehr untrennbar ist. Nur auf diesem Wege können wir uns und die Welt von dem englischen Alb befreien; auf diesem Wege wird es aber auch gelingen! Von Rußland trennen uns bestimmte politische Fragen, für die eine Erledigung denkbar ist, und eine Verständigung braucht nicht als unmöglich angesehen zu werden. Frankreich wollte einen alten Groll zum endgültigen Austrag bringen; mit den Mitteln des Soldatenkrieges vollzieht sich diese Abrechnung. Als feindliches Prinzip aber, das mit allen Mitteln der Beeinflussung der Menschen, mit Geld, Versprechen, Drohungen, Verheugung und den Lebensatmen abschneidet, auf die Grenzen eines armenlichen Vinnenschaates und zurückzuwerfen will, steht das englische Weltreich uns gegenüber; weitauß der schlimmste Feind an Gesinnung und Art der Kampfführung, bereit, nach uns jede folgende Nacht zu vernichten, die es magte, das göttliche Recht Englands auf Seeberrschschaft in Zweifel zu ziehen. Dies Prinzip muß in sich selbst vernichtet werden. Unsere Unterseeboote werden sich rühmen können, diese historische Mission zu einem wesentlichen Teil durchgeführt zu haben.“

Auch „Post“ und „Kreuz-Zeitung“ bringen gleichzeitig diesen Artikel.

Wette Kreise des Volkes sind bekanntlich völlig anderer Ansicht.

## Die Friedensbewegung in England.

Die Berichte des „Labour Leader“ zeigen, daß die Friedensbewegung in England, die von der dortigen regierungsfremden Tagespresse abgesehen, von gelegentlichen Demonstrationen und Versammlungen totgeschwiegen wird, im ganzen Land rege wird und Anhang wirbt. Am 26. Juni sprach Ramsay MacDonald in Birmingham in einer von über 500 Personen besuchten Versammlung der Union für demokratische Kontrolle. Er sagte u. a.: „Die man auch über diesen Krieg denke, die große Masse des englischen Volkes nimmt diesen mit dem festen Entschluß hin, daß er der letzte sein soll. Dies strebt auch die Union an, die seine Stopp den Krieg-Organisation ist. Das britische Volk will nicht, daß der Frieden hinter seinem Rücken geschlossen werde. Wir dürfen nicht glauben, daß die militärischen Operationen allein den Frieden bringen können. Das Wert der Soldaten kann Schwierigkeiten nur verschieben, aber nicht einen Weg aus dem Dicksicht der Irrtümer und Mißverständnisse finden. Ein bloß von den Militärs oder den Diplomaten geendeter Krieg ohne eine aufgeklärte öffentliche Meinung hinter sich, hätte stets andere Kriege im Gefolge.“ Ueber die allgemeine Wehrpflicht sagte MacDonald: „Das Land ist ihr näher als jemals in seiner Geschichte. Ich bin ein Friedensfreund durch und durch und entschiedener Gegner des Dienstzwangs, aber ich muß sagen, daß, wenn dieses Land eine Politik forscheren wird, die den Krieg unvermeidlich macht, ich einer der ersten sein werde, zu erklären, daß ein Volk, das diese Politik akzeptiert, auch ihre Folgen hinnehmen muß — nämlich die Vernichtung der Demokratie und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.“ MacDonald gab zum Schluß der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Friedensscheidung im Volk liegen werde. — Eine Resolution, die den Zielen des Verbandes zustimmt, wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Der Verband hat in der letzten Zeit eine Reihe von Ortsgruppen in London und der Provinz ins Leben gerufen. Zustimmungen kommen von vielen Gewerkschaften, Sonntagsschulen u. a. Die Zahl der vom Verband herausgegebenen Flugblätter beträgt schon 13. Das vorliegende behandelt die Polenfrage, das letzte, von Norman Angell, heißt: „Der Breuß in unserer Mitte“. Auch eine größere Broschüre „Ein ehrenvoller Frieden“, von Vernon Lee, ist erschienen, weitere werden folgen.

Mit dieser Propaganda parallel geht die der Unabhängigen Arbeiterpartei. So hat Genosse Bruce Glasier in Südwaales acht Versammlungen abgehalten, davon sechs unter freiem Himmel. In Cernavon, wo über 700 Personen anwesend waren, sprach auch der wallisische sozialistische Barde Nicholas in gälischer Mundart. — Eine glänzende Versammlung der B. L. B. hat in Rochdale stattgefunden. Bemerkenswert ist, daß der Parlamentskandidat für West-Birmingham

Roese hat mit einem entschiedenen antinationalistischen Programm auftritt und in seinen Reden die Gaspropaganda bekämpft.

Auch die neugegründete Frauen-Friedens-Union hat schon mit Versammlungen begonnen.

## Französische Frauen für den Frieden.

Das britische Komitee des Haager Frauen-Friedens-Kongresses hat einen Bericht herausgegeben, der u. a. auch ein an den Kongreß gelangtes Schreiben einer Gruppe bekannter französischer Frauenrechtlerinnen enthält. Es legt dar, daß es der natürliche Beruf der Frauen sei, für den Frieden zu wirken, und wendet sich gegen das Schlagwort, daß die Friedensarbeit erst nach dem Krieg beginnen und dieser „bis zum bitteren Ende“ durchgekämpft werden müsse. „Denen, die von uns das Schweigen als patriotische Pflicht fordern, legen wir die Frage vor: Wie lange sollen wir schweigen? Bis Frankreich und Belgien vom Eindringling befreit sind? Aber wenn jetzt andere Länder befreit werden, sollen die Frauen dieser betroffenen Länder dann unterem Beispiel folgen, um ein internationales Zusammenwirken abzulehnen und die Kette des Mißtrauens und des Hasses soll ewig sein? Lasset uns zeigen, daß in der Weigerung, selbst für kurze Zeit, Gefahr liegt. Es ist nicht immer leicht auszuharren, aber um wie viel schwerer ist, aufs neue beginnen!“

## Spaniens Neutralität.

Paris, 12. Juli. (B. L. B.) In einem Interdikt, das der spanische Ministerpräsident Dato dem Vertreter des „Temps“ in Madrid gewährt hat, sprach sich Dato eingehend über die Ziele seiner Politik, besonders über die Haltung der spanischen Parteien gegenüber der Neutralität aus. Er erklärte, es sei ein Sophismus zwischen der Neutralität des Staates und der Neutralität der Nation unterscheiden zu wollen, wie die liberalen Parteien dies versuchten. Das Mißtrauen der Liberalen gegen die Regierung sei durchaus unbegründet. Es gebe für die Regierung nur eine Neutralität, und zwar eine solche, die das Vertrauen aller Staaten genieße, die Spanien mit der Wahrung ihrer Interessen beauftragt hätten. Sich dieses Vertrauens würdig zu erweisen, sei das Ziel der Neutralität der Regierung. Diese Auffassung der Neutralität entspreche auch der Auffassung der großen Majorität des Landes. Die Regierung könne nicht zulassen, daß diese oder jene Partei oder Fraktion ihr eine Auffassung aufzwingen wolle, deren Parteilichkeit und Festigkeit jeder Neutralität zuwiderlaufe. Die Regierung werde in dieser Richtung mit äußerster Energie vorgehen und keinen verdächtigen Einfluß dulden. Deshalb habe die Regierung jede Polemik über die internationale Frage untersagt, die in Wirklichkeit nur einen Vorwand für die gewöhnlichen Parteilichkeiten bilden würde. Die Regierung werde im gegebenen Augenblick Rechenschaft ablegen können über das, was sie für den Schutz und die Interessen der Nation getan habe. Man werde dann sehen, daß das Werk nicht vergeblich gewesen sei.

## Ein neues Rotbuch.

Wien, 13. Juli. (B. L. B.) Der Minister des Auswärtigen veröffentlicht ein umfangreiches Rotbuch, das diplomatische Aktenstücke betreffend die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Italien in der Zeit vom 20. Juli 1914 bis zum 23. Mai 1915 enthält.

Die Aktenstücke bestehen zum allergrößten Teil aus Mitteilungen und Erlässen des Ministers des Auswärtigen an den Botschafter in Rom und aus dessen Berichten nach Wien. Die Verhandlungen zwischen der österreichisch-ungarischen und der italienischen Regierung betrafen zuerst die Auslegung des von Kompanationsrechten sprechenden Artikels VII des Dreibündungsvertrages, dann die Anwendung dieses Artikels auf den Krieg Oesterreich-Ungarns gegen Serbien und Montenegro. Dabei stellte die italienische Regierung das Verlangen, daß Oesterreich-Ungarn noch vor dem Wiederbeginn der Aktion gegen Serbien Italien kompensationen, und zwar aus eigenem Besitze, bewillige und die abzutretenden Gebiete sofort übergebe. Die Konversationen und Verhandlungen wurden in Wien geführt; doch kam es gleichzeitig zu Unterredungen zwischen dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Rom und dem italienischen Minister des Auswärtigen. Auch nachdem Italien am 4. Mai das Bündnis als aufgehoben erklärt hatte, dauerte die Diskussion noch fort, die nun aber hauptsächlich in Rom geführt wurde. Da die österreichisch-ungarische Regierung zwar ihre ursprünglichen Zugeständnisse erhöhte, aber einen Teil der Forderungen Italiens nicht bewilligte und sich auch nicht zu sofortiger Uebergabe der Gebiete, die zu openen sie bereit gewesen wäre, verstehen wollte, erklärte die italienische Regierung am 23. Mai den Krieg.

Die Sammlung fügt zu den schon bekannten Hauptzügen Einzelheiten hinzu und man erstieht aus ihr mit voller Deutlichkeit die mala fides der italienischen Regierung in allen Phasen der Verhandlungen. Aus den Berichten des Botschafters nach Rom geht u. a. hervor, daß Sonnino sowohl den König wie die meisten seiner Ministerkollegen über die Angebote Oesterreich-Ungarns und auch über die Stimmung im Auslande falsch unterrichtete, und daß der Generalstab, wie es scheint, unterstützt durch die Darstellungen des italienischen Militärattachés in Wien, die Schwierigkeiten eines Krieges gegen Oesterreich-Ungarn stark unterschätzte. Als eine Hauptstütze der Kriegspartei erscheint der Minister der Kolonien Martini. Ein dem Aktenstück aus dem Jahre 1914/15 beigefügter Anhang enthält Schriftstücke aus den Jahren 1909, 1911 und 1912, die beweisen, daß die österreichisch-ungarische Auslegung des Artikels VII des Bündnisvertrages früher auch von der italienischen Regierung geteilt wurde und daß die Verurteilung derselben auf die Vorgänge im tripolitanischen Kriege hinführte, daß dagegen Oesterreich-Ungarn aus dem damaligen Vorgehen Italiens Präzedenzfälle zur Widerlegung der italienischen Anwürfe holen konnte.

## Italienische Maßnahmen zur gesteigerten Munitionsherstellung.

Rom, 13. Juli. (B. L. B.) „Tribuna“ meldet: Der König hat im Hauptquartier ein Dekret unterzeichnet, durch das ein Komitee für die intensivere Herstellung von Waffen und Munition ernannt wird, an dem der Ministerpräsident sowie die Minister des Schatzes, des Krieges und der Marine teilnehmen. Zugleich wurde Generalleutnant Alfredo Dellolio zum Unterstaatssekretär für Waffen und Munition ernannt.

## Rußlands Vertrag mit Japan.

Das „Namburger Fremdenblatt“ weiß zu melden, daß es sich zuverlässigen Mitteilungen zufolge bei den eifrig geführten russisch-japanischen Verhandlungen um den Abschluß eines Defensiv- und Offensivbündnisses drehe. Rußland sei bereit, weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse an Japan zu machen, weil es dadurch größere Unabhängigkeit seinen Bundesgenossen, besonders England gegenüber, zu erlangen hofft.

## Verurteilung der Ausschreitungen in Südafrika.

Haag, 13. Juli. (B. L. B.) Aus Südafrika wird berichtet, daß die Angriffe des englischen Böhels auf das Eigentum von Deutschen und Holländern in Johannesburg, Durban und anderen Orten bei der holländischen Bevölkerung Südafrikas allgemein große Empörung ausgelöst haben.

Der Oberrichter Strauß, der ein entschiedener Gegner des Aufstandes von Dewet ist, hat gesagt, angesichts dieser Schandthaten verfinke das Vergehen der Aufständischen in nichts. — Fast überall werden selbständige Kandidaten der nationalen englandfeindlichen Burenpartei gegen die Parteigänger Bothas aufgestellt. Die Buren haben in den größten Städten wie Pretoria und Pietermaritzburg Ausschüsse zur Unterstützung der durch die Plünderung verarmten Deutschen gebildet. Geld zur Unterstützung der Deutschen strömt von allen Seiten zusammen, namentlich von der Landbevölkerung. Einer der bekanntesten Burenführer hat auf einer großen Versammlung gesagt: Die Deutschen haben den Buren in ihrer Not nicht nur durch die Tat, sondern auch mit Geld geholfen. Jetzt ist uns die Gelegenheit gegeben, uns dankbar zu erweisen.

## Ankunft deutscher Kriegsinvaliden aus Frankreich.

Konstanz, 12. Juli. (B. L. B.) Der erste Transport deutscher schwerverwundeter Austauschgefangener traf heute früh 8 Uhr 30 Minuten auf dem festlich geschmückten Bahnhof in Konstanz ein. Er brachte 257 deutsche Krieger, darunter 9 Offiziere. Eine noch Tausenden zählende Volksmenge umsäumte den Bahnhof und begrüßte den unter Russklingen einfallenden Zug mit brausenden Rufen. Die angekommenen schwerverwundeten erwiderten die herzliche Begrüßung auf das freudigste. Darauf besieg der stellvertretende Kommandierende General des 14. Armeekorps, Eggelz von Mantuffel, den Zug und erkundigte sich teilnahmsvoll nach dem Schicksal der verwundeten Krieger. Außerdem hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden: Prinz Max von Baden, Minister Freiherr v. Bodman, Geh. Regierungsrat Dr. Belzer als Vertreter der Zivilbehörde, die Geistlichkeit, zahlreiche Offiziere und andere. Im allgemeinen äußerten sich die zurückgekehrten Krieger beifriedigend über die ihnen namentlich in letzter Zeit in Frankreich zuteil gewordenen Behandlung. In Lyon, wo die Mehrzahl der Ausgetauschten seit dem 2. Mai untergebracht war, verhielt sich die Bevölkerung mit wenigen Ausnahmen ruhiger als beim ersten Austausch. Alle Zurückgekehrten, ohne Ausnahme, rühmten die überaus freundliche Aufnahme, die sie in der Schweiz gefunden hätten. Nachdem die Verwundeten in einen bayerischen Lazarettzug umgeladen waren, begaben sie sich in die „Italienische Halle“, wo ihnen ein kräftiges Frühstück gereicht wurde.

Punkt 2 Uhr 15 Minuten verließ der Zug unter abermaligen begeisterten Rufen des Publikums den Bahnhof Konstanz, um nach Karlsruhe zu fahren.

Konstanz, 13. Juli. (B. L. B.) Heute morgen 7/9 Uhr traf der zweite schweizerische Sanitätszug mit deutschen Kriegsinvaliden hier ein. Es waren 214 Mann, 6 Offiziere und 5 Sanitätsoffiziere. Alle rühmten wiederum die überaus gastfreundliche Aufnahme in der Schweiz. Sie wurden in den bereitstehenden württembergischen Lazarettzug H verladen. Der Empfang auf dem hiesigen Bahnhof war ebenso begeistert wie die gefrige Aufnahme des ersten Zuges.

## Ein französisches „Dokument“.

Amlich, Berlin, 13. Juli. (B. L. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Ueberschrift: Ein französisches Dokument:

Die Ermittlungen der deutschen Regierung zur Widerlegung des französischen amtlichen Berichts vom 17. Dezember 1914 über die „Deutschen Greuel“ sind in wesentlichen Punkten abgeschlossen. Ergebnis: durchweg traffe Unwahrheit oder grobe Ungenauigkeit der Angaben dieses französischen „Dokuments“.

Zum Beispiel: Nach dem Bericht der Untersuchungskommission sollen zahlreiche Ortschaften von den deutschen Truppen grundlos zerstört und eingeäschert worden sein, so Marfont, Le Saulx-la-Forêt, Somme-Tourbe, Etrepn, Sermaize-les-Bains, Bignicourt-sur-Saulx, Reviqny, Bassincourt, Commeille, Villers-aux-Ventis, Clermont-en-Argonne. — In allen diesen Fällen haben die eidlichen Vernehmungen und dienstlichen Berichte ergeben, daß die Orte Brennpunkte schwerer Gefechte gewesen und von Artillerie heftig beschossen worden sind. Lediglich auf die Wirkung dieser Kämpfe sind die Zerstörungen und Brände zurückzuführen.

Warum verschweigt der amtliche französische Bericht diese wichtigen Tatsachen? Hat die Untersuchungskommission sie nicht ermittelt? Dann sind ihre Mitglieder gewissenlos vorgegangen. Oder sind jene Tatsachen absichtlich verheimlicht worden, um das Volk besser belügen zu können? Dann sind die Urheber des Berichts Verbrecher.

Wo bleibt das französische Beweismaterial?

## Kriegsbekanntmachungen.

### Unglücksfälle beim Landen von Flugzeugen.

Unrichtiges Benehmen des Publikums beim Landen von Flugzeugen ist in letzter Zeit mehrfach die Ursache von Unglücksfällen gewesen. Durch die Geflohenheit der Zuschauer, an das Landende Flugzeug möglichst nahe heranzulaufen, werden nicht allein sie selbst, sondern auch die Flugzeugbesatzungen in große Gefahr gebracht.

Dem Publikum kann deshalb nur dringend ans Herz gelegt werden, sobald die Landungsabsicht eines Flugzeuges bemerkt wird, mit größter Beschleunigung das Gelände in weitem Umfange zu verlassen. Insbesondere ist es erwünscht, daß die Eltern und Lehrer ihre Pflegerbesetzten und Schüler über das Verhalten beim Landen von Flugzeugen belehren.

## Letzte Nachrichten.

Die südwestafrikanische Kapitulation durch Lebensmittelmangel verursacht.

London, 13. Juli. (B. L. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Diabivonkoin vom 11. d. Mts.: Die ersten Abteilungen deutscher Gefangener kamen heute hier mit der Bahn an. Sie bilden einen Teil der Reservisten, von denen morgen noch 1100 ankommen. Die aktiven Truppen werden für Dienstag erwartet. Die Gefangenen erklären, daß die Vorräte an Lebensmitteln bei den Deutschen so zusammengekommen wären, daß sie nur mehr Rationen für wenige Tage besaßen hätten.

### Explosion auf einem portugiesischen Kanonenboot.

Lissabon, 13. Juli. (Meldung der Agence Havas.) An Bord des Kanonenbootes „Ho“ erfolgte bei Kap Verde eine Explosion. Zwei Matrosen wurden getötet, mehrere verletzt, darunter vier schwer. Das Kanonenboot ist beschädigt. Ein englischer Kreuzer, welcher in der Nähe des Kanonenbootes ankerte, kam zu Hilfe.

**Theater für Mittwoch, den 14. Juli.**  
 Deutsches Künstler-Theater.  
 8 1/2 Uhr: Die Schöne vom Strand.  
 Deutsches Opernhaus Charlottbg.  
 8 Uhr: Der Bettelstudent.  
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
 8 1/2 Uhr: O, diese Leutnants!  
 Kleines Theater.  
 8 1/2 Uhr: Ein kostbares Leben.  
 Lessing-Theater.  
 8 1/2 Uhr: Seine einzige Frau.  
 Lustspielhaus.  
 8 1/2 Uhr: Herrschaftl. Diener gesucht  
 Schiller-Th. Charlottenbg.  
 8 Uhr: Alt-Heidelberg.  
 Thalia-Theater.  
 8 Uhr: Eine verflixte Annonce.  
 Theater am Nollendorfpl.  
 8 1/2 Uhr: Immer feste druff!  
 Trianon-Theater.  
 8 1/2 Uhr: Die Heiratschule  
 Volksbühne. Theater am Bülowplatz  
 8 1/2 Uhr: Pension Schöllner.

**URANIA**  
 Taubenstraße 48/49.  
 8 Uhr:  
 An den Grenzen von  
 Südtirol und Italien.

**WINTERGARTEN**  
 Guido Thielscher  
 „Venus im Grünen“  
 Operette in 1 Akt v. Rud. Lothar.  
 Musik von Oskar Straus.  
 Mitwirkende:  
 Else Berna Lotte Werkmeister  
 Thalia-Theater, Berlin  
 Karl Bachmann Julius Spielmann  
 sowie der  
 glänzende Juli-Spielplan.

**Palast**  
 Theater am Zoo  
 Tägl. 8 Uhr. Sonntags 3 1/2 u. 8 Uhr  
 Das neue Juli-Variété-Programm!  
 Wieder eine Steigerung  
 gegen den vorigen Monat.  
 Das lenkbare Luftschiff  
 im Zuschauerraum!  
 Der Menschaffe „Urian“  
 als Universal-Künstler  
 mit seinen neuen  
 Robert Steidl Juff-Schlagern  
 ? Pain? — „Charlotte“ — Negro  
 Arras-Trio — 2 Rogges usw.

**Rose-Theater.**  
 8 1/2 Uhr: Die Fliegerbraut.  
 Gartenbühne: Lieb Vaterland  
**Walhalla-Theater.**  
 8 Uhr: Von Stufe zu Stufe.  
 Gartenbühne: Vorstell., Apollonlänger.

**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger. Anf. 8 U.  
 Zum 162. Male:  
 Im Schützengraben  
 Militärisch. Zeit-  
 bild von Weisf.  
 Militärpersonen  
 u. deren Angehör-  
 igen vollkommen  
 freier Zutritt zu  
 d. Stett. Sängern.

**Voigt-Theater.**  
 Badstr. 58. Badstr. 58.  
 Täglich:  
 „Tausend und eine Nacht.“  
 Volkstümlich mit Gesang in 3 Akten.  
 Erstklassiges Variété  
 Raffeneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

**Spezialarzt**  
 Dr. med. Wockenfuß,  
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),  
 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
 Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),  
 Blutuntersuchung. Schnelle, sichere  
 schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
 störung. Teilzahlung.  
 Sprechstunden: 11—2 und 5—8.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Gormannstraße 13  
 Fernsprecher Amt Rpl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 3791-97

**Donnerstag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr:**  
**Mitglieder-Versammlung**  
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Tagesordnung:  
 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1915. 2. Verbandsangelegenheiten.  
 Da im 2. Punkt wichtige Mitteilungen gemacht werden, so ist das Erscheinen aller Kollegen unbedingt notwendig.  
 1915/11

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.  
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.  
 Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

Durch Beschluß der 12. ordentlichen Generalversammlung tritt die bei Kriegsausbruch inhibierte Unterfertigung in Krankheitsfällen am 1. August d. J. in halber Höhe wieder in Kraft. Auch ist vorläufig noch eine Wartezeit von 14 Tagen vorgezogen. Des weiteren ist vorgezogen, daß der 1. August bereits als Zahlung gilt. Es ist deshalb notwendig, daß die erkrankten und arbeitsunfähigen Mitglieder sich bereits vom 19. Juli ab in unserem Bureau schriftlich, mündlich oder durch dritte Personen melden, um sich vor Schaden zu schützen. Alle übrigen neuen Bestimmungen des Statuts treten an einem späteren noch zu bestimmenden Termin in Kraft.  
 116/9\*

**Die Ortsverwaltung.**  
 Unserem Genossen  
 Hermann Bitter nebst Frau  
 zu ihrer heutigen Silberhochzeit  
 die herzlichsten Glückwünsche!  
 Die Genossen des Bezirks 757,  
 16. Abteil., 6. Berliner Reichs-  
 tagswahlkreis.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
 Jedes Heft 20 Pfg.



**Nächste Abfahrten**  
 von  
**Amsterdam nach Süd-Amerika**  
 (La Coruna, Vigo, Lissabon, Pernambuco, Bahia, Rio de Janeiro, Santos, Montevideo u. Buenos Aires)  
**Schneldampfer: Hollandia, 21. Juli**  
 und weiter alle 14 Tage.  
 Frachtdampfer-Expeditionen nach Bedarf.  
 Auskunft durch den  
**KONIGLICHEN HOLLANDISCHEN LLOYD, AMSTERDAM**  
 oder in  
**Berlin: Passage-Agentur D. A. Vonk, 70 Unt. d. Lind., NW7**  
 Telegramm-Adresse: Realloyd Telephone: Zentrum 11881

**Buchhandlung Vorwärts**  
 Berlin SW 68, Lindenstr. 3.  
**Vorwärts-Bibliothek**  
 Jeder Band 1 Mark.  
**Erweckt** Ein Roman aus dem Proletariatsleben von A. Ger  
**Der Ausweg** Eine Erzählung von G. Freygang  
**Das Land der Zukunft** Reisebeschreibung von Leo Kolisch Mit einer Erläuterung von Paul Göhre  
**Verstorbene Volk** Von H. Großh  
**Der Prinzipienreiter** Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Bloß  
**In den Tod getrieben** Zwei Erzählungen von Ernst Freygang  
**Der Pariser Garten** und anderes Von Wilma Kautsch  
**Mutter** Ein Frauenstück von J. Frey  
**Der Morgen graut** Erzählungen aus dem Proletariatsleben von R. Andersen-Nord  
**1000 Mark Belohnung** Kriminalroman von Hans Gyan  
**Die Heiterkeit** Eine humoristische Erzählung von Otto Ludwig  
**Vom Waisenhans** Fabrik Geschichte einer Proletariatsjugend von G. Dietrich  
**Der Gotteslästerer** Roman von A. Ger  
**Die Marktenderin** Kriegserzählung von Erdmann-Gebartian  
**Kriegsfahrten** durch Belgien u. Nordfrankreich von Roster u. Koffe  
**Kriegsberichte** aus Ostpreußen u. Rußland 1914 von Wilhelm Dürr.  
 Monatsausgabe, Paletots, Karten, Rodanfänge, Sportpreise, Friedländer, Auguststraße 64. 7108\*

**Allgemein-Vertriebes Fabrik**  
**MANOLI ZIGARETTEN**  
 \* Deutschlands führende Marke  
**BOSNIA CIGARETTEN**  
 Etwas ganz Besonderes  
**MAL-KAH Company**  
 Berlin N. 29 Pankstr. 65.  
 Fordert nur KADDA-Cigaretten  
**Kressin**  
 Raucht herbstoll Cigaretten  
**Alkoholf. Getränke**  
**Franz Abraham**  
 Bank Messina- u. Römertrank-Kell. C. 25 Baseler Str. Fernsp. Kgt. 13708  
**Bade-Anfalten**  
 Arkona-Bad, Anklam-Str. 24. Lief. aller  
 Bad Alt-Moabit 104 Krank.-Kass.  
 Landsberger Str. 107, Gollnowstr. 41, Liefer. sämtlich. Krankenk.  
**Bad**  
 Bad Börsen, Dirksenstr. 50.  
**Neukölln**  
 Anzengruberstr. 25. Koppenstr. 93  
**Diana-Bad**  
 sämtliche Bäder.  
**National-Bad**  
 Brunnenstr. 2.  
**Bad Ostend**  
 Lief. alle Kassen  
**Passage-Bad**  
 Kottbuser-Damm 79.  
**Reform-Bad**  
 Wiener Str. 65.  
**Schiller-Bad**  
 Müllerstr. 153 a.  
**Silesia-Bad**  
 Schlesische Str. 31.  
**Bäcker- u. Konditoreien**  
 Assmus, Wilh., Uckerländerstr. 11.  
 F. Breitkopf, Exorzierstr. 19 a.  
 Waldemar Bröse, Driesenerstr. 3  
 Hermann Bus, Grünauerstr. 12.  
 Frh. Eichler, Bastianstr. 18.  
 Emanuel Fiedel, Mirbachstr. 25.  
 Br. Friedrich, Eisenbahnstr. 21.  
 O. G. G. Wiestner, 31. a. grüne Rbn.  
 E. Großberndt, Wittstockerstr. 7.  
**Oskar Hanke's Brotbäckerei**  
 75 Geschäfte  
 in allen Stadtteilen Berlins  
 sowie in Neukölln u. Treptow  
 Gegründet 1892.

**Er erscheint 2 mal wöchentlich.**  
**Phänomen**  
 Die neue 33 Qualitäts-Cigarette  
**Bäcker- u. Konditoreien**  
 A. Großkinsky, Boxhagenstr. 27.  
 Gust. Heintzel, Ravellerserstr. 26  
 Otto Hoff, Chorinerstr. 13.  
 F. Klesowetter, Schreibeisstr. 16.  
 R. Kilack, Weißens., Lehderstr. 120.  
 R. Kleiner, Schulstr. 102  
 Felix Kynast, Dänenstr. 5.  
 Carl Lindenberg, Lyonerstr. 4.  
 P. Müller, Wilhelmstr. 43.  
 G. Münch, Neuköllnerstr. 111  
 Gustav Nielsens, Lindowstr. 9  
 J. H. Papp, Amsterdamerstr. 104, Reichenk.-Str.  
 Fr. Pribyl, Osanbrückerstr. 26.  
 Osw. Rauhut, Götterstr. 27.  
 Gust. Rautenberg, Metzgerstr. 11  
 Frh. Richter jr., Liebenwalderstr. 13  
 H. Saunus, Alleensteiner Str. 26.  
 Paul Schmoll, Amsterdamerstr. 9.  
 Adolf Schulz, Florastr. 78 Pank.  
**Turban**  
 Filialen in allen Stadtteilen.  
 E. Weber, Provinzstr. 99, Reichenk. u. 9  
 Karl Weinholz, Kamerunerstr. 47.  
 Emil Werk, Samariterstr. 5.  
 Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 16  
 Zachau, Gr.-Lichterf., Casselerstr. 55a  
 Paul Zastrow, Stromstr. 33.  
**Beerdigungsanst., Sargmagn.**  
 J. Liaczinski, Gerichstr. 30.  
 H. Petermeyer, Streilitzerstr. 8.  
**Butter, Eier, Käse**  
**Contordia-Butterhandl. des Ostens**  
 Bruno Freche 15 Detailgeschäfte  
**Gebr. Gause.**  
**Wilhelm Göbel**  
 25 eigene Filialen.  
**August Holtz**  
 15 Detailgeschäfte.  
 Habertus, Butterhdg., Strausberg  
 Herm. Kunert, Calmstr. 29  
**Gebrüder Manns**  
 48 eigene Detailgeschäfte  
**Kosmalla, E., 4**  
 Detailgeschäfte  
**„Nordstern“**  
**„Mercur“**  
**Schröter, R.**  
 43 Verkaufsstellen 43  
**Gebr. Siegert**  
 Wiener Str. 65, Butter, Eier, Käse.  
**Uhly & Wolfram**  
**Cigarrenhandlungen**  
 Fanny Baumert, Lindowstr. 23  
 C. Kuhlemaun, Turmstr. 47.  
 O. Kunze, Reichenkender Str. 14

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**  
**Bierbrauerei.. Bierhdg.**  
**Brauerei Bötzow**  
 empfiehlt  
**Qualitätsbiere**  
 ersten Ranges.  
**W. Adeltung & A. Hoffmann**  
 Akt.-Brauerei Potsdam, Elg. Niederl.  
 Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15  
 Brandenburgerstr. 110  
 Spez. Potsd. Stangenbier  
**Berliner Bock-Brauerei**  
 empfiehlt  
**anerkannt vorzügl. Biere**  
**Osw. Berliner**  
 Ur-Berliner, hell und dunkel  
 Hempel, E., Müllerstr. 138 d.  
 Luisenbrauerei Weißensee.  
**Brauerei Königstadt**  
 feinste Qualitätsbiere.  
**C. Habels Brauerei**  
 hell — Habelbräu — dunkel.  
**Weissbier - Caramelbier**  
 Brauerei E. Willner  
 Pankow.  
**Löwen-Brauerei**  
 vorzügliche Pils- und  
 Flaschen-Biere.  
**Münchener Brauhaus**  
 Berlin und Oranienburg  
**Brauerei Pfefferberg.**  
**Trinkt Wanninger Bier!**  
**Verelns-Brauerei Teutonia, NW 87.**  
**Spandauerberg-Brauerei**  
**Weissbier, C. Breithaupt,**  
 Falisadenstr. 97 Tel. Kpt. 2081, 2082  
**Cacao, Schokolad., Conitür.**  
**SAROTTI**  
 Kakao und Schokolade  
 beliebt in jedem Haushalt.  
 Seiffert, E., und Vororten  
**Cylix, G.,** Filialen all  
 Stadtteilen.  
**Bandagen, Gummiwaren**  
 R. Banke, Stralauer Str. 56.  
 J. Kabeilich, Rosenthalerstr. 35.  
 E. Kraus, Kemnitzerstr. 55.  
 A. E. Lange, Brunnenstr. 166  
 H. Neusch, Breitest. 24, Spandau.  
 M. Spranger, Reichenkender Str. 11.

**Unternehmende Geschäfte**  
 empfohlen sich b. Einkauf.  
**Haus- u. Küchengeräte**  
 G. Geiger, Schloßerei, Müllerstr. 7  
 Frz. Kamerowsky Reichenkender Str. 4  
 Bill. Bezugsqu.  
**Molkereien**  
 Wilhelm Freier, Bouchéstr. 80.  
 H. Friedrich, Straßburgerstr. 43a  
 F. Galle, Metzgerstr. 38.  
 Rud. Kiesel, Mirbachstr. 66.  
 A. Siebert, Weissenbergerstr. 55.  
**„Schweizerhof“**  
 Meierei und Molkereianstalt.  
 Endener Str. 46 u. Tel. U 2595.  
 Wodrich, Fathbuserstr. 35.  
**Mostichfabrik**  
**Tamborni Mostich überall!**  
**Nähmaschinen**  
 Bellmann, E., Gollnowstr. 26  
 W. Waschmasch.  
 Littauer Nähmasch., Spandau  
 5 Jahre Garantie, Teilzahlung  
 Nähm.-Spz.-Gesch., Potsdamerstr. 10.  
**Singer**  
**Nähmaschinen**  
 Läden in allen Stadtteilen.  
**Optiker, Mechaniker**  
 Groß, Paul, Warschauerstr. 46.  
 Schubert, Carl, Nikln, Bergstr. 14  
**Photogr. Apparate**  
 M. Albrecht 80, Kottbuserstr. 3.  
 auch Gelegenheitsakt.  
 Photo-Jansen, Hauptstr. 23.  
**Photograph. Ateliers**  
 R. Maerz, Badstrasse 68.  
 Rud. Obigt, N. Reichenkenderstr. 2  
**Planen**  
 R. Vierling Kottbuserstr. 5  
 Kauf, Miet, Teilzahlg.  
**Rohschlächtereien**  
 E. Weidlich, Steglitz, Lindenstr. 41.  
**Schreibwaren**  
 O. Frochnow, Nikln, Hermannstr. 69  
**„Schuh-, Schuhmach.“**  
 K. Lück, Charl., Turroggerstr. 45.  
 Petersohn, Ostk., Müllersstr. 155.  
**Seifen**  
**Schneewittchen-Bleichseifenpulver**  
 Alleinfabrik: Grubig, Potsdam  
**Vericherungen**  
**„Deutschland“ Berlin**  
 Arbeitsversicherung — Schutz-  
 Sterbekassenversicherung, etablierte  
**Wirtschaftl. Anstalt**  
**Vericherungen**  
 L. Goehge, Schulstr., Ecke Maxstr.  
 A. Groß, Henningsdorferstr. 10  
 Hackepeter Hauptstr. 139.  
**Die erste selbstspiel. Doppelgeige**  
**Patzenhofer**  
 J. Guggenberger, Rosenthalerstr. 54.  
 O. Rohloff, 1. fertl. 1. Kottbuserstr. 19.  
**Original-Schulthelb-Ausschank**  
 Alexanderpl., Rich. Schloßhies.

**Meierei C. Bolle**  
 A.-G.  
 Berlin N. W. 21 Alt Moabit  
 11 98 103  
 Ältester und größter  
 Milchwirtschaftlicher  
 — Grossbetrieb —  
**Uhren u. Goldwaren**  
 Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40  
**Weine, Liköre, Fruchtäfte**  
**E. Ballin & Co.**  
 Cognak-Brännerel  
 Dampf-Likörfabrik  
 Nur Qualitätskore.  
**Hugo Boling**  
 60 Filialen in allen Stadtteilen.  
**P. Kirchner & Co.**  
 Cognak-, Likörfabrik  
**Kirchner's Araber,**  
 Groß-„Zur Sonne“, P. Freudenberg.  
 Otto Albert Schulz Frankfurter  
 Allee 156  
 Groß-„Destillation“, Ausschank.  
**Herm. Meyer & Co.,** Act.-  
 Ges.  
 ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.  
**Underberg**  
 Booschank  
 SEMPER IDEM  
 anerkannt bester Bitterlikör  
**Spirit- und Likörfabrik**  
 Ringfrel  
 m. & W. Müller  
 Buckowerstr. 78.  
**Zahnateller**  
 W. Best, Skatlerstr. 52 E. Wrangelstr.  
 M. Dresler, Grätzerstr. 701, Treptow.  
**Stritz**  
 St. Sorowka, Märkerl. Rudowstr. 34  
**Fredesdorf**  
 Carl Tegel, Brot- u. Feinbäckerei  
**Königs-Waarenhaus**  
 G. Hübscher, Ufer. 64/24, Schöneberg  
**Kaufhaus Emil Bergmann**  
**Mahldorf**  
 Frau A. Pagel, Kolonialwaren.  
**Mariendorf**  
 H. Wagner, Köpenick, 11, Fleisck- u. Wurstw.  
**Neukölln**  
 C. Kämpfer, Burgstr. 137, Uhr, Goldw.  
 Krause, Kais. Friedr. Str. 79 Schöneberg.  
 Fr. Pannock, Bergstr. 135, Lederw.  
**Nieder-Schönhausen**  
 O. Stiem, Schillerstr. 10a, Wils. Str. 74  
**Spandau**  
 Karl Heintze, Beck, u. Schloßstr.  
 Scheuerlein, Beckstr. 35, Fleisck- u. Wurstw.  
**Tempelhof**  
 J. Hohmann, Märk. Friedr. Wils. Str. 27.  
**Wellensee**  
 P. Jürgen, Kolonw. Berl. Allee 158.  
 Thälberg, Drogerie, Weissensee  
**Wilhelmsruh**  
 Wiedler, Eichenberg, Kolow. Hauptstr. 19.  
**Zossen**  
**Warenhaus S. Cohen**

Die Herren und die Gemeinen.

(Die Demokratisierung des englischen Parlaments, III.) Von E. D. Bernstein.

II.

Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts nimmt die politische Paralleltät der beiden Parlamentshäuser wieder ab, und im Laufe des 19. Jahrhunderts tritt an ihre Stelle eine zunehmende politische Ungleichheit. Aus der Whigpartei geht die liberale Partei hervor, und diese entwickelt sich zur liberal-radikalen Koalition. Es geschieht das durch immer stärkere Rücksichtnahme auf die Tendenzen der neuen Schichten des breiten Bürgertums, Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse, denen die Wahlreformen Einfluß auf die Politik verschaffen. Was aber diese Partei durch Rekrutierung von links gewinnt, verliert sie durch Ueberläufer nach rechts. Immer mehr Angehörige der alten Whigfamilien flüchten sich in die geöffneten Arme der Torypartei, die sich auf ihre Weise gleichfalls verjüngt, erst sich als konservative Partei neuorganisiert und seit dem Zusammenschluß mit den liberalen Unionisten sich gern konstitutionelle Partei oder auch Partei der Unionisten — Verfechter der staatsrechtlichen Einheit (Union) Englands und Irlands — nennt. Auf diese Weise ist es gekommen, daß, während an der Wende zum 18. Jahrhundert die Whigs im Hause der Lords dominierten, zu Anfang des 19. Jahrhunderts Whigs und Tories sich noch die Waage hielten, zu Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts die Gruppierung der Parteien im Hause der Lords die folgende war:

Table with 2 columns: Party name and number of members. Includes Conservative (354), Liberal Unionists (111), Liberal and Radical (69), Nationalists (1), and Undecided (54).

Zusammen 589 Mitglieder

Solange das Haus der Lords nicht in seiner ganzen Verfassung umgewandelt wird, läßt sich an diesem Verhältnis seiner Parteien nichts Wesentliches ändern. Die vielfach obwaltende Ansicht, die Liberalen könnten sich, wenn sie am Ruder sind, durch einen sogenannten Peersschub eine Mehrheit im Hause der Lords schaffen, ist durchaus irrig. Diese Möglichkeit war da und wurde benutzt, solange Whigs und Tories im Hause sich nur wenig an Zahl unterschieden, so daß durch Ernennung von ein paar Duzend neuer Peers eine Mehrheit in eine Mehrheit verwandelt werden konnte. Bei einem Unterschied von nahezu vierhundert ist sie ausgeschlossen. Denn das Haus der Lords kann nicht gezwungen werden, sich jede beliebige Zahl von Mitgliedern aufdrängen zu lassen. Es hat das Recht, gegen den Eintritt von Personen, die es für ungeeignet erklärt, Einwand zu erheben, und der Versuch, ihm gegen 400 neue Mitglieder anzuhängen, würde in endlosen Prozessen veranden; ganz abgesehen davon, daß aus anderen Gründen die Schaffung einer so großen Zahl erblicher Gesetzgeber für eine demokratische Partei ein äußerst zweifelhaftes Experiment sein würde; andere als erbliche Peers zu ernennen aber der Krone, d. h. der jeweiligen Regierung, überhaupt nicht zusteht.

So hat sich das widersinnige Verhältnis herausgestellt, daß, wenn die Wähler eine konservativ-unionistische Mehrheit ins Haus der Gemeinen schiden, diese am Haus der Lords einen willigen Helfer findet, eine liberal-radikale Mehrheit aber am Haus der Lords einen politischen Gegner hat, der dem Zustandekommen von Gesetzen, an denen ihr liegt, durch Obstruktion die größten Schwierigkeiten bereiten kann und von dieser Möglichkeit auch nach Bedarf Gebrauch macht.

Zwei Umstände sind es, welche es bisher verhindert haben, daß dieses Mißverhältnis zur Beseitigung der Verfassung des Hauses der Lords geführt hat. Der erste wurde oben schon angedeutet: Wichtige Gebiete der Gesetzgebung sind dem Einspruchsrecht des Hauses der Lords entzogen. Insbesondere ist ihm durch eine Reihe von Gesetzen

\*) Von wenig über 100 Mitglieder bei Wiederherstellung der Monarchie hat das Haus der Lords schrittweise diese Zahl erreicht.

die Möglichkeit genommen worden, in Geldsachen dreinzureden. Es darf am Staatshaushaltsgesetz, wie es ihm vom Haus der Gemeinen überreicht wird, in Einzelheiten nichts ändern, gesetzlich steht ihm nur das Recht zu, es im ganzen gutzuheißen oder abzulehnen, und zum letzteren ist gerade eine konservative Körperschaft am wenigsten angelegt. Aber auch sonst läßt das Haus der Lords es nicht gern zum Äußersten kommen. Einer starken Volksbewegung gegenüber hat es noch stets im letzten Augenblick nachgegeben und damit einer revolutionären Aufsehnung vorgebeugt. Es spricht sich durch den Mund seiner Wortführer eine Art Güterrolle zu, durch deren Erfüllung es verhindert, daß eine Zufallsmehrheit des Hauses der Gemeinen Gesetze verhängt, zu der sie kein Mandat habe, während es keinem Gesetz die Zustimmung versage, deren Verfechter die Wähler bei nochmaliger Befragung aufs neue ins Parlament schickten. Auf diese Weise führe es in anderer Form das Referendum ins englische Verfassungsleben ein.

Das klingt nun sehr bestechend, tatsächlich aber bedeutet diese Art Referendum eine arge Benachteiligung der Demokratie. In einem Großstaat mit parlamentarischer Regierung werden die Parteien nicht auf eine einzige Reformforderung hin gewählt, sondern auf eine ganze Politik, die diese Fragen der Gesetzgebung umschließt. Die Parteien stellen vor der Wahl ein Aktionsprogramm von Maßnahmen auf, zu deren Durchführung sie sich den Wählern gegenüber für den Fall ihres Sieges verpflichten. Infolgedessen machen sie sich der Verletzung von Pflichten gegenüber ihren Wählern schuldig, wenn sie nicht, einmal an die Regierung gelangt, so viel als möglich der versprochenen Reformen zu verwirklichen sich bemühen. Sie können also nicht um jeder beliebigen Einzelfrage willen zurücktreten und das Land den Zufällen einer Neuwahl ausliefern. Tatsächlich kann das Haus der Lords durch das ihm zustehende Vetorecht einer ganzen Anzahl von Gesetzen seine Zustimmung verweigern, bis eine neue Befragung der Wähler erfolgt, und hinterher das Spiel von neuem beginnen. In Handbüchern der Liberalen und Radikalen findet man lange Listen von Reformgesetzen, die am Widerstand des Hauses der Lords gescheitert sind. Denn dieser Widerstand äußert sich, seit das Haus der Lords die ewige Domäne der Konservativen ist, ausschließlich gegen Gesetzesvorlagen der Liberalen und Radikalen. Das „Referendum“ der Lords ist ein Verierapparat, der eine bequeme Handhabe bietet, die Arbeit demokratisch gerichteter Parlamentsmehrheiten zu sterilisieren.

Das hat zu einer zunehmenden Verschärfung des Gegensatzes zwischen den Lords und den Linksparteien geführt, und eine ständige Frage in den Reihen der letzteren ist es, ob man die Reform oder die Abschaffung des Hauses der Lords zur Kampfsparole machen soll. „Mend it or end it?“ — „es ausbessern oder austrotten?“ Die Radikalen wie auch die Sozialisten sind für letzteres, weil eine Reform des Hauses der Lords diesem neues Leben einflößen und seine Widerstandskraft voraussichtlich steigern würde. Aus dem gleichen Grunde sind die Rechtsliberalen und die Konservativen für Reformierung des Hauses der Lords, dessen jetzige Verfassung nämlich auch den letzteren manche Unbequemlichkeiten verurteilt.

Zum Glück herrschen darüber so weitgehende Meinungsverschiedenheiten, daß es einstweilen noch bei der anderen Entwicklung, nämlich der schrittweise vorgenommenen Beschränkung der Rechte der Lords verbleiben ist. Es ist freilich der umständlichere Weg, aber er ist der weniger gefährliche Weg. Wie der schon geschilderte Entwicklungsgang des Wahlgesetzes, kennt auch er bis jetzt keine Reaktion. Ein sehr bedeutungsvoller Schritt nach vorwärts auf ihm wurde nach harten Kämpfen in der jetzigen Legislaturperiode erzielt. Im Jahre 1909 hatten die Lords dem von Lloyd George eingebrachten Budget gegenüber den ungewöhnlichen Schritt getan und ihm unter der Begründung die Zustimmung verweigert, es sei das kein einfaches Finanzgesetz mehr, sondern verfiere unter der Hülle eines solchen allgemeine Gesetze weittragender Art. Daran war etwas Wahres, aber die Liberalen beriefen sich darauf, daß schon in früheren Jahren das Budgetrecht als Mittel gedient habe, die Reform von Gesetzen zu verwirklichen, die in das

Gebiet des Finanzwesens eingreifen. Im Streit darüber kam es im Jahre 1910 zweimal zu Neuwahlen, und als auch die zweite Wahl eine antikonserervative Mehrheit geliefert hatte, mußten die Lords nicht nur in die Annahme des Lloyd Georgeschen Budgets willigen, sondern auch einer Vorschrift die Zustimmung erteilen, wonach eine Gesetzesvorlage, die in einer Legislaturperiode in Passen von je einem Jahr dreimal vom Hause der Gemeinen mit Mehrheit beschlossen wird, auch ohne Zustimmung des Hauses der Lords Gesetzeskraft erlangt. Damit ist das Vetorecht der Lords zwar noch immer nicht aufgehoben, aber wenigstens soweit eingeschränkt, daß die Gefahr, auf Umwegen der erblichen Kammer die Macht eines „Oberhauses“ zuzuspüren, als beseitigt gelten kann.

Die Lords haben immer noch gewisse Rechte von Bedeutung. Sie dürfen von sich aus Gesetzesentwürfe einbringen, Gesetzesentwürfe des Hauses der Gemeinen amendieren, und ihre Mitglieder aus der Juristenwelt bilden, wie oben berichtet, die höchste Verfassungsinstanz in Rechtsfragen. Es hieße unbillig sein zu verschweigen, daß auch die Räte der Gesetzgebungstätigkeit der Lords manche gute Arbeit aufweist. Schon aus Selbsterhaltungstrieb müssen die „Herren“ dem Geist der Zeit Zugeständnisse machen. Und als Premier der Gesetzgebung wirkten sie, nachdem die neue Beschränkung ihres Vetorechtes Gesetz geworden ist, immerhin nicht schlimmer, als die meisten, wesentlich moderner zusammengesetzten Senate anderer Länder. Unter Umständen können sie aber doch auch jetzt noch der Demokratie das Leben sauer machen. Sie können das Zustandekommen von Gesetzen verlangsamen, die weittragende Bedeutung haben, ohne vom Volk in dieser Eigenschaft so voll gewürdigt zu werden, daß eine Regierung es darauf ankommen lassen könnte, um ihrertwillen das Parlament aufzulösen. Die Demokratie kann also ihnen gegenüber nicht abrüsten. Sie darf aber den Kampf mit dem Bewußtsein führen, daß in dem Jahrhunderte währenden Ringen zwischen den Lords und den Gemeinen in allen großen Krisen der Sieg jedesmal zuletzt bei den Gemeinen geblieben ist.

Politische Uebersicht.

Gegen die Besteuerung des Kriegsgewinns

wandte sich der nationalliberale Reichs- und Landtagsabgeordnete Schiffer in einem in Duisburg gehaltenen Vortrage. Eine Steuer dürfe, so betonte er, nicht dazu dienen, das Amt eines „moralischen Elements“ zu übernehmen; man müsse unterscheiden zwischen denen, die „uns über die Zeiten der Verteidigung hinweggebracht und mit Recht einen Gewinn gemacht haben, und zwischen anderen, die in schwerer Zeit die Not des Volkes zu ungerechtfertigtem Gewinn mißbraucht haben...“

Dieselbe Unterscheidung zwischen dem „unsauberen“ und dem „reellen“ Gewinn macht auch Bürgermeister Weisenborn-Halberstadt in einem Artikel in der „Kölnischen Zeitung“:

„Endlich muß man — für den Fall, daß wir später zu einer besonderen Abschneidung des Kriegsgewinns kommen sollten, was ich nicht ganz von der Hand weise — auch den Forderungen zustimmen, daß nur wirkliche Kriegsgewinne betroffen werden dürfen, daß keine zu hohen Steuersätze die so unentbehrlichen und glänzenden Leistungen unserer Kriegsindustrie und ihrer zugehörigen Gewinne „bestrafen“, und endlich, daß die unlauderen Elemente auch nachträglich noch hoch bestraft werden...“

Bürgermeister Weisenborn bezeichnet weiter die Besteuerung des Kriegsgewinns als eine „nicht zu unterschätzende Gefahr für den unentbehrlichen Unternehmerteil“ und meint, daß uns die Kriegsschädigungen unserer Feinde hinreichenden Ersatz geben würden; da wir sicher siegen würden, so heiße es für uns: „Wer den Krieg gewinnt, braucht keine Kriegsgewinnsteuer“...

Die Gegner der Besteuerung des Kriegsgewinns werden, von allem anderen abgesehen, für ihre Unterscheidungen zwischen den „mit Recht gemachten“ und „unlauderen“ Kriegsgewinnen bei den Massen des deutschen Volkes wenig Gegenliebe finden. Selbst wenn es technisch möglich wäre, die Gewinnarten

Vom nordöstlichen Kriegsschauplatz.

Acht Monate in russischer Gefangenschaft.

Laugsgargen, den 7. Juli.

Als die Russen im Herbst vorigen Jahres aus Ostpreußen herausgedrückt worden waren, begann die Polizei des Aoren damit, die in den Grenzbezirken Rußlands wohnenden Deutschen tief in das Innere des Landes zu verschleppen. Von dieser Maßnahme wurden Männer, Frauen und Kinder betroffen, Leute, die seit einem Menschenalter in Rußland wohnen, und solche, die dort geboren worden sind. Unter den nach Sibirien Verschleppten befand sich u. a. die etwa 50 Jahre alte Gutsherrsfrau Julie A. und die etwa 20jährige Emma B., eine entfernte Verwandte der ersteren. Ein Bruder der B. und andere nahe Verwandte der beiden Frauen dienen im russischen Heere. Der schon vor einiger Zeit verstorbene A. wurde vor 45 Jahren bei Taurrogen anständig, vor 22 Jahren kam seine spätere Frau dorthin. Sie und die Emma B. sind nun als die ersten über Sibirien aus der russischen Gefangenschaft zurückgekehrt. Ich traf sie auf der Bahnhofsstation in Laugsgargen. Ueber ihre Erlebnisse erzählen sie mir folgendes:

Am 9. Oktober nach russischer Zeitrechnung wurden wir, mit 70 anderen Personen aus Taurrogen und Umgebung, auf schlechten Wagen zusammengeschleppt, zunächst nach Scaudwile gebracht. Wir hatten vorher kaum Zeit, außer den Wertachen die notwendigste Kleidung und etwas Bettzeug zusammenzupacken. In Scaudwile sollten wir in einem nassen, schmutzigen, stinkigen Lörweg übernachten. Als einige von uns dagegen protestierten, erschienen Polizisten und drohten mit Eskaktionen. Wir liehen uns jedoch nicht einschüchtern und verlangten ein besseres Quartier. Dann zogen die Polizisten ab. Wir sind auch später noch öfter bedroht und beschimpft, aber niemals fälschlich mißhandelt worden. Eine Frau kam und bot uns ein besseres Quartier an, wenn dafür bezahlt würde. Wir erklärten uns dazu bereit und konnten dann ein großes, ordentliches Zimmer beziehen. Von unwissenden Frauen wurden wir als Germanen beschimpft; ein russischer Konditor nahm uns in Schutz, bezahlte das Zimmer und ließ uns Weibstrot mit Tee verahreichen. Am nächsten Tage gelangten wir auf den Fuhrwerken bis Kiekn. Hier blieben wir die Nacht über im Gefängnis. Den folgenden Tag brachten uns die Wagen bis Szawle, wo wir ebenfalls, wie auch an den anderen Stationen, im Gefängnis kampieren mußten. In Ponowjeß, das wir am folgenden Abend erreichten, wurden uns als Zeitgeld 9 Kopeken eingehändigt, eine Kopeke behielt der uns begleitende Soldat ein. Sonstige Verpflegung gab es nicht. Waren wir mittellos gewesen und hätte nicht einer für den andern gesorgt, mancher von uns hätte Hungers sterben können. Die nächste Station war Wilna, wo man uns auf 5 Tage ins Gefängnis steckte. Hier

gab es etwas Gefängnisloft, vor der man sich jedoch eckeln mußte. Der nächste Schuß brachte uns bis Petersburg, wiederum ins Gefängnis. Die Zahl der Gefangenen hatte sich mittlerweile auf 400 erhöht. Von unserm Transport aus Taurrogen allein waren unterwegs bereits zwei Kinder infolge der Leiden und Strapazen verstorben. Das Gefängnis in Petersburg hielt uns 8 Tage lang gefangen. Es war eine martervolle Zeit. Nur ein einziges Mal — während 8 Tagen — durften wir 10 Minuten lang im Gefängnishof spazieren gehen. Sonst kam keiner aus der Zelle heraus. Kein Fenster durfte geöffnet werden. Nachts konnte man infolge des Quittens, des Geschreis der Kinder, der ständigen, atembeklemmenden Luft nicht schlafen; sich am Tage zum Schlafen niederzuliegen oder sitzend zu ruhen, war streng verboten. Wir mußten die ganze Zeit in qualvollem Nichtstun verbringen. So wollten es die oft zur Kontrolle erscheinenden russischen Damen. Mit großer Freude begrüßten wir die Nachricht: Nun geht's weiter! — Alles Geld und Wertachen sollten jetzt abgegeben werden. Manche vertriehen etwas. Einiges das nicht geschickt genug verpackt worden war, wurde nachher gefunden und fortgenommen. Von diesem gestohlenen Gut sah niemand später etwas wieder. Dann bekam jeder 30 Kopeken Zeitgeld für die Reise auf der Eisenbahn, die uns in zweimal 24 Stunden nach Wjatka brachte. Während der Fahrt durfte niemand den Fuß verlassen; Soldaten hielten uns auf den Stationen für unser Geld einige Lebensmittel, die recht teuer bezahlt werden mußten. Von Soldaten hörten wir, daß uns für jeden Tag 30 Kopeken hätten ausgezahlt werden müssen. Wo das Geld geblieben ist, weiß natürlich kein Mensch. Wir hatten viel unter Beschäftigungen zu leiden, aber manche Soldaten waren mit rührender Sorgfalt um uns. Sie halfen uns, Socken und Kinder tragen, gaben ihnen auch zu essen und weinten bitterlich ob der Leiden, die wir zu erdulden hatten. Während dieser Fahrt starben nochmals zwei Kinder von unserm Transport. Den weiblichen Gefangenen wurden das in Petersburg abgeforderte Geld und die Wertachen zurückgegeben, die Männer jedoch bekamen von ihrem Eigentum nichts zurück. In Wjatka, wo wir Ende Oktober eintreten, konnten wir uns ziemlich frei bewegen und Erwerbsgelegenheit suchen. Die Männer fanden Beschäftigung als Straßenträger, Schneeschipper, Diener usw. „Ja“, sagte die Frau, „and Erwerb als Wäscherin für die gefangenen Deutschen, meine Verwandte als Köchin.“ — Unser Wochenverdienst betrug 1½ bis 2 Rubel. Von einem Hilfskomitee bekamen wir dazu monatlich 8 Rubel. Ohne diese Unterstützung hätten wir nicht leben können. Wohl waren die Preise für Fleisch und Brot niedrig, aber die Wohnungen kosteten mehr, als wir verdienten. Für ein elendes Zimmer wurden uns für den Monat 7 bis 8 Rubel abgenommen, und Brennmaterial mußten wir dazu noch selbst kaufen. Dabei war es furchtbar kalt, bis 30 Grad unter Null sank das Thermometer, und wir mußten kühnlich viel heizen. Die furchtbare Kälte zwang uns, oft tagelang im Zimmer zu bleiben. Im allgemeinen war die unwissende Bevölkerung sehr gehässig zu den Deutschen, aber es kamen doch nur selten Gewalttätigkeiten vor. In die Stimmung hatten die russischen Zeitungen und Popen die Leute hineingekehrt. Und die Pöbe hörte nie auf. Man schmidelte den Leuten vor, die Russen ständen vor Berlin. Das war weiter nicht schlimm. Die leichtgläubigen Menschen wurden aber zu fanatischem Haß aufgeschwelen durch die Behauptung, die Deutschen seien schreckliche Barbaren, die überall raubten, plünderten und Frauen schändeten. Die russischen Gefangenen wurden schrecklich behandelt; sie mußten hungern, man schnitt ihnen die Ohren ab, viele wurden erschossen und sogar geschlachtet, um verzehrt zu werden, denn in Deutschland gäbe es nur noch Brot aus Stroh. Sehr oft wurde uns vorgehalten: Wir lassen Euch hier leben, tun Euch nichts, aber die Deutschen behandeln unsere Soldaten so schlecht. — Und dann erzählte man uns die schrecklichsten Gräueltaten. Gebildete Russen sagten wohl: Das kann nicht wahr sein, aber die unwissenden Menschen glaubten, was die Popen sagten. In der letzten Zeit unseres Aufenthalts in Wjatka ist die Stimmung teilweise umgeschlagen; man glaubt nicht mehr, was die Regierungsblätter schreiben. Das kam so: Viele der gefangenen Zivilisten konnten in Wjatka keine Beschäftigung finden. Sie bekamen die Erlaubnis, nach Moskau zu fahren, wo Arbeiter verlangt würden. Dann brach in Moskau die Revolution aus, die gefangenen Deutschen wurden zurückgeschickt. Sie erzählten, was sie erlebt hatten, und dann wurde es auch in der Bevölkerung von Wjatka unruhig. Man murkte, weil immer noch mehr Soldaten verlangt, immer noch mehr Männer zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Das sei zwecklos, so hieß es, als die Wiedereroberung Przemysl durch die Deutschen und Oesterreicher bekannt wurde. „Unsere Truppen brauchten viele Monate, um die Festung zu nehmen; wenige Tage genügen, um sie wieder hinauszumerfen.“ Solche Stimmen liehen sich vernehmen, und die Ansicht gewann Boden, die russische Widerstandskraft sei gebrochen. Weiteren nutzlosen Unterberichten und Menschenverlusten müsse Rußland durch Friedensschluß ein Ende machen. Als Beweis dafür, daß die Regierung überall die Revolution wittere und daß sie der Truppen nicht mehr sicher sei, wurde folgendes Vorkommnis gebildet: Viele russische Soldaten deutscher Abkunft, die schon eine Reihe von Kämpfen mitgemacht hatten, wurden plötzlich nach Sibirien abgeschoben und dort in gleicher Weise interniert wie die deutschen Zivilgefangenen. Nach Wjatka kam ein Schuß aus der Zeitung Komna. — Gefangene österreichische Soldaten jöhren wir sehr viele, aber keinen einzigen deutschen, sagten wir die Frauen noch.

Endlich hatten die Wittrichter der Frauen, in welchen sie bofen, wieder in die alte Heimat zurückkehren zu dürfen, Erfolg; am 6. Juni russischer Zeitrechnung konnten die beiden Frauen abreisen. Ob ihnen noch andere von den Gefangenen folgen werden, davon ward ihnen nichts bekannt. Nun sind sie auf dem Wege, ihr früheres Heim wieder aufzusuchen; aber sie haben sich schon mit dem Gedanken vertraut gemacht, von ihrem Eigentum wenig oder gar nichts mehr vorzufinden. Unter russischer Herrschaft möchten sie auf keinen Fall weiterleben! Duwelle, Kriegsberichterstatter.

so feht zu kommen, so bleibt Gewinn eben Gewinn, der in Tagen erworben wurde, in denen Millionen von Volksgenossen ihr Leben hingaben und unter schwerer Not litten. Angesichts der ungeheuren Gewinne, die jetzt in bestimmten Industrien gemacht werden, rechtfertigt sich die unterschiedslose Einführung einer stark progressiven Reichsvermögenssteuer mit besonderen Ergänzungszuschlägen für die Kriegsjahre ganz von selbst. Es wäre recht wünschenswert, daß die Regierung bald entsprechende Vorschläge ausarbeitet; England, Frankreich und Dänemark sind bereits vorgegangen.

### Gegen den Lebensmittelwucher.

München, 12. Juli. (W. Z. V.) Wie die „Korrespondenz Hoffmann“ erfährt, ist der Erlaß des stellvertretenden Generalkommandos des I. Bayerischen Armeekorps, welcher sich mit Strafandrohungen gegen den Lebensmittelwucher wendet, auch von den stellvertretenden Generalkommandos des II. und III. Armeekorps in Würzburg und Nürnberg in vollem Umfange übernommen worden. Hiernach ist diese wichtige Angelegenheit nunmehr einheitlich für ganz Bayern geregelt.

### Aufhebung der Artikel 5, 6, 27, 28 und 29 der Verfassung.

Der Gouverneur des Reichskriegshafengebietes Kiel hat, wie die „W. Z. V.“ mitteilt, die Artikel 5, 6, 27, 28 und 29 der Preussischen Verfassung aufgehoben. Bisher hat der Belagerungszustand, soweit die Verfassungsbestimmungen in Frage kommen, nur die Aufhebung des § 7 der Verfassung zur Folge gehabt, der bestimmt, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf und daß Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommissionen unstatthaft sind. Die Folge der Aufhebung dieser Verfassungsbestimmung war die Errichtung des außerordentlichen Kriegsgerichts beim Landgericht. Die jetzt aufgehobenen Verfassungsbestimmungen haben folgenden Wortlaut:

- Art. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Beschränkung derselben, insbesondere eine Verhaftung, zulässig ist, werden durch das Gesetz bestimmt.
  - Art. 6. Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Hausdurchsuchungen sowie die Beschlagnahme von Briefen und Papieren sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet.
  - Art. 27. Jeder Preuze hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Die Zensur darf nicht eingeführt werden, jede andere Beschränkung der Pressefreiheit nur im Wege der Gesetzgebung.
  - Art. 28. Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen.
  - Art. 29. Alle Preuzen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche auch in Bezug auf vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis der Verfügung des Gesetzes unterworfen sind.
- Der Bekanntmachung des Gouverneurs ist eine Erklärung beigegeben, die sich über die Ursache und die Wirkung der Aufhebung der in Frage kommenden Verfassungsbestimmungen äußert.

Zur Verhängung des verschärften Belagerungszustandes in Kiel lesen wir in einem der dortigen Presseorgane:

Am heutigen Tage ist in Kiel unter Trommelschlag, wie es vorhergeschrieben ist, die durch den Kriegszustand erlaubte Aufhebung der Artikel 5, 6, 27, 28 und 29 der Preussischen Verfassung vor sich gegangen. Es wird ausdrücklich mitgeteilt, daß nicht die Haltung der Kieler Bevölkerung und auch nicht die Art, wie die Zeitungen der Stadt geschrieben haben, Schuld an dieser Maßnahme tragen. Die Maßnahme wird damit begründet, daß Kiel mit dem Fortbestehen der eben aufgezählten Verfassungsparagraphen gewissermaßen eine Insel besonderer Rechts innerhalb des preussischen Staates bildete und daß dadurch allerbald Unstimmigkeiten entstehen könnten, wenn es eine ganz kleine Widerheit wegen würde, mit närrischen Flugblättern gegen die Einheit des deutschen Volkes und seinen Einschluß, durchzuführen, zu agitieren. Ausdrücklich wird versichert, daß praktisch durch diese Vorkehrungsmaßregel an den bestehenden Zuständen nur formelle Veränderungen, aber keine Einschränkungen der bisherigen Rechte eintreten sollen. Wir gestehen zu, daß es uns lieber wäre, wenn auch unter diesen Umständen alles beim guten alten geblieben wäre. Wer die Maßnahme der Regierung beklagt, wird gut tun, als die Gründe Schuldigen jene Heißsporne anzusehen, welche jüngst die Erklärung der sozialdemokratischen „Notabeln“ organisierten und in die Welt sandten. Diese Leute sollten daraus erkennen, daß sie neben der Gefährdung unserer Partei im Innern nur eine Verstärkung der Strömungen erreichen, welche, wenn sie auszuwachsen, die Lage der Arbeiter wesentlich verschlechtern werden.

Dieser Kommentar ist nicht eine offizielle Erläuterung aus Regierungskreisen, sondern eine redaktionelle Äußerung des Kieler — sozialdemokratischen Blattes!

### Krieg, Reich, Volk.

In einem zu Duisburg gehaltenen Vortrage führte der national-liberale Abgeordnete Schiffer laut der „Kölnischen Ztg.“ (Nr. 686) unter anderem aus:

In der sachlichen Stellung in unserm Staatsleben haben wir den Eindruck, daß die Vorbereitungen des Krieges, die in militärischer Beziehung über jeden Zweifel erhaben waren, in anderer Beziehung nicht immer auf der Höhe gewesen sind. Man hatte schon vor dem Kriege die Forderung erhoben, daß man eine Art wirtschaftlichen Generalstab bilden solle für die Fragen der Industrie, der Rohstoffbeschaffung, der Ernährung, des Arbeitsnachweises, des Verkehrs und für unzählige andere Fragen, die jetzt plötzlich aufgetaucht sind. Leider ist das nicht geschehen, leider ist diese Forderung abgelehnt worden. Schwere Mängel haben sich auf dem Gebiete des Bestellungswezens gezeigt.

Es wird eine Zahl von neuen Problemen uns erwachsen. Nicht bloß auf dem Gebiete der Rüstung, um gewappnet zu sein; auch da werden wir allerdings neue Wege gehen müssen, denn nie vorher hat ein Krieg so große Offenbarungen auf diesem Gebiete gebracht. Hier wird die Technik unseres Heeres vor eine ganze Menge neuer Aufgaben gestellt werden, Aufgaben, die nicht nur Wissen und Können verlangen, sondern auch Geldkosten werden. Mit Steuern allein wird das gar nicht zu machen sein, wir werden Monopole einführen müssen. Dadurch werden neue Beamtenstellen geschaffen werden, und das ist nicht gut für unser Volk, daß noch mehr Elemente an die Staatskasse gestellt werden.

Der Staatsgedanke kann nur hochgehalten werden auf der Grundlage der Gleichberechtigung, wie sie jetzt im Schillingen sich geltend macht. Vor dem Vaterlande sind wir alle gleich. Wir müssen dafür sorgen, daß jeder einzelne das Gefühl hat, ein Vollbürger des Vaterlandes zu sein, daß der Lächliche sich alles durch seine Leistungen erdingen kann. Wenn es eine Umkehrung gegen früher gibt, muß es auch die sein: wir haben vor dem Kriege zu wenig Vertrauen nach innen und zu viel Vertrauen nach außen gehabt, jetzt soll es um-

gekehrt sein. Dann wird das ganze Volk seine Staatszugehörigkeit empfinden und betätigen.

Schiffer schloß seine Rede mit dem Hinweis, nach dem Friedensschluß werde ein Weinen und Wehe durch die Welt gehen wie nie zuvor. Die Pflicht der Lebenden sei dann, so zu handeln, wie sie es vor unseren Toten verantworten können.

### Genosse Glöckel freigesprochen.

Wie bekannt, war seinerzeit unser Genosse Reichsratsabgeordneter Otto Glöckel wegen einer in seinem erzgebirgischen Wahlbezirk Platten zur Feier des 1. Mai gehaltenen Rede verhaftet, dann aber freigelassen worden. Jetzt hat die militärgerichtliche Verhandlung in Pilsen stattgefunden. Die Anklage legte Glöckel zur Last, daß er „unter Veranschaulichung der Folgen des Kriegszustandes und der vom Kriege geforderten Opfer an Menschenleben und Gütern die Staatsverwaltung beschuldigt habe, sie lasse sich dabei als Werkzeug kapitalistischer Interessen gebrauchen. Beschuldigt hat seine Anschuldigungen zu einer Zeit, in welcher die unermesslichen Folgen des der Monarchie aufzunehmenden Krieges die Bevölkerung schwer belasten, und vor einem Zuhörerkreis vorgebracht, dessen Interessen jenen des mit großen Opfern verteidigten Großkapitals vielfach zuwiderlaufen; er mußte sich daher bemüht sein, daß seine Ausführungen geeignet sind, bei den Zuhörern Abneigung und Haß gegen die Staatsverwaltung auszulösen. Seine Worte, es werde nach dem Kriege die Abrechnung kommen, deuten geradezu auf die Absicht hin, solche Gefühle hervorzurufen.“

Glöckel erklärte, daß er die Grundzüge seiner Partei vertreten habe, im übrigen seine Wähler aufzurufen und mit Zureden zu erfüllen bestrebt war. Das Gericht sprach Glöckel frei, da er die öffentliche Ruhe nicht gestört habe, eine mittelbare Schuld aber nicht ausreichte.

### Verhaftung eines Tschekenführers.

In Prag wurde der jungtschechische Reichsratsabgeordnete Dr. Rajsin verhaftet. Er ist Advokat in Prag und Präsident des Unternehmens des jungtschechischen Hauptorgans „Nora Rowelst“. Zu Anfang der neunziger Jahre wurde auch er mit vielen anderen wegen Teilnahme an der geheimen nationaltschechischen Gesellschaft „Dmladina vor Gericht gezogen und wegen Geheimhändels und Vorbereitung zum Hochverrat zu längerer Kerkerstrafe verurteilt. Seit 1911 gehört er dem Parlament an.

### Zur Erwiderung.

Gegen die Machillusionisten, die schon heute nach Nachahmung hungarig sind und nicht damit warten wollen bis nach einer Katastrophe, dem Kladderadatsch, der Futuristat etabliert werden kann, zieht im „Vorwärts“ vom 7. Juli ein Mann zu Felde, der seit 1/2 Jahrzehnten nicht müde geworden ist, den Kampf um die Macht, die schon heute Bedeutung haben soll, zu predigen. Als ich das las, überkam mich ein Gefühl, das ich an dieser Stelle nicht zum Ausdruck bringen will. Kollegen und Genossen, mit denen ich die Sache erörterte, sagten, daß sie von demselben Gefühl erfüllt gewesen seien. Da verweist einem die Lust zur Antwort. Wer sich ein Partisan an sich vollzieht, der ist wohl erledigt.

Und doch treibt mich die Sache, für die wir kämpfen, zu einer Erwiderung. Nicht alle „Vorwärts“-Leser legen den Verzicht auf Antwort richtig aus.

Die „Verjahung des Staates“, die ich im Volksblatt für Anhalt vom 2. Juli forderte, soll also inhaltlos geblieben sein, weil ich nicht gesagt habe, ob ich den russischen, dänischen oder holländischen Staat meine. Da muß ich denn ehrlich gestehen, daß ich als Deutscher den deutschen Staat, in dem ich lebe, das Deutsche Reich, wie es jetzt da ist, gemeint habe. War das nicht selbstverständlich? In jener internationalen Existenz, die sich „wohl fühlt, wo es Futter gibt“, habe ich's noch nicht gebracht. Ich bin Deutscher, fühle als Deutscher und will den deutschen Staat weiter entwickeln, dem Ideal entgegen, das wir Demokratie und Sozialismus an die Hand geben. Ich „bejahe den Staat“, das heißt in dem Zusammenhang der Debatten, in denen wir jetzt stehen, für jeden Nicht-Kabulisten: „Ich will mein Vaterland, das Deutsche Reich, nicht von den Feinden ringsum zertrümmern lassen, will mir die Möglichkeit nicht rauben lassen, auf dem Grunde des in der Geschichte dieses Landes bisher Erreichten das Bessere der sozialistischen und demokratischen Zukunft aufzubauen. Wenn diese Verjahung des Staates, in dem ich lebe, wenn das Fehlen der Gleichgültigkeit gegen sein Schicksal in den Augen eines anderen Charakterlosigkeit ist, dann freite ich mit diesem anderen nicht darüber, was Charakter ist.“

Was die Nationalliberalen 1866 getwollt und getan haben, geht mich im gegenwärtigen Zusammenhang gar nichts an. Ich wüßte, wenn ich schon mein Streben und das Tun der Nationalliberalen der Vergangenheit mit einander vergleichen soll, nur eins in diesem Zusammenhang als beachtenswert hervorzuheben. Das ist freilich nicht gerade schmeichelhaft für uns, für die Arbeiterklasse. Die Nationalliberalen haben in den 70er Jahren die Verjahung geschaffen, die sie brauchten. Die Nationalliberalen oder die Leute, deren politische Vertretung sie bis zur Stunde sind, haben es aber außerdem verstanden, sich wirtschaftliche Macht zu verschaffen. Für sie ist die Stimmgittelmacht nicht zum Heilichstum geworden. Die Regierung sorgte schon für sie. Anderen Leuten zum Beispiel. Wenn mal die Sozialdemokraten es gelernt haben werden, ihren Arbeiterkapitalismus ebenso zu entwickeln wie die Nationalliberalen ihren Konkapitalismus, dann ist den Arbeitern wohl zu Rute.

Dies nur deshalb bemerkt, weil es mir verhängnisvoll zu sein scheint, gar zu verächtlich von den Nationalliberalen zu reden, wenn es sich um eine Debatte über die Macht handelt. Es war ja wohl ein gewisser Laffalle, der da zu den Arbeitern sagte: „Sie sehen also, meine Herren, die Herren Vorjahr und Egel, die Großindustriellen überhaupt — die sind ein Stück Verfassung.“ — Sie sehen also, meine Herren, die Bankiers Wendelsohn, Schidler, die Börse überhaupt, das ist ein Stück Verfassung.“ Die Konsequenz dieser Erkenntnis hat freilich damals Laffalle selber so wenig wie die Arbeiter gezogen, sonst hätte er nicht die Konjunktionsgesellschaften so gering eingeschätzt, wie er es bekanntlich getan hat.

Was soll aber der ganze Vergleich mit den Nationalliberalen von 1866? Bei so andersartigen Verhältnissen lassen sich immer Nebenarten machen, die dem Vortrefflichen nach einem oberflächlichen Leser so imponieren können, daß er sie für richtig hält. Ich will keine Preisgabe von Grundzügen, aber ich will nicht Grundzüge, um sie nur immer und immer wieder zu deklamieren, sondern um eine Richtung für mein Handeln zu haben, das in sich selber aber unbedingt den Erfolg will, auch wenn dabei Umwege, scheinbare Abweichungen vom Prinzip notwendig werden. Ich will nicht, daß wir Sklaven der Prinzipien bleiben, die wir lange genug gewesen sind. Ich will, daß wir ihre Herren werden, die die Prinzipien als Werkzeug gebrauchen.

Es ist eine Unterstellung, zu behaupten, daß ich damit das herrschende Regierungssystem grundsätzlich ablehnen wolle, wenn ich sagte, daß wir „den Staat bejahe“. Da es sich um die Frage der Fortführung oder Abbrechung der Politik des 4. August handelt, so konnte jeder ehrliche Debatteur aus meinem Wort von der Verjahung des Staates nur herauslesen, daß ich den Staat bejahe wissen will, wie wir ihn am 4. August bejahe haben, als wir das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich ließen. Diese Tatsache will ich erhalten wissen, auf dieser Tatsache fußend will ich, daß wir nach dem Kriege in dem Staate, der als Deutsches

Reich dann hoffentlich noch existiert, so arbeiten können, daß unsere Macht ins Gewicht fällt, daß wir nicht erheblich geschwächt und obendrein völlig isoliert und als bloße Deklamatoren betrachtet und verpöthet werden.

Mein Gegner will nicht Türhüter der Mächtigen werden. Ein Mächtiger ist ja wohl auch der Reichstag. Oder wenn er's noch nicht ist, soll er's doch werden, gerade auch durch uns. Ich fürchte, daß, wenn der, der da nicht Türhüter werden will, bei den Genossen Recht behält, dann nach der nächsten Reichstagswahl er selber und auch viele andere, die seine und seiner Freunde Politik mit uns Verbeten reizen würde, mit der Macht des Reichstags dann noch weniger zu tun haben werden als ein Türhüter des Reichstags. Dann können sie sich freilich drauhen hinstellen und schreien: „Ich negiere den Staat!“ Für den nötigen Spott sorgen dann andere.

Oder werden dann die französischen und englischen oder auch die russischen Sozialdemokraten helfen?

S. Feus-Deffau.

Wir haben, um diese Kontroverse nicht endlos auszudehnen, das Bescheidene dem Genossen Bernstein mit dem Ersuchen überhandt, etwaige Bemerkungen, die er dazu zu machen hat, der Einfachheit halber gleich anzufügen. Er schreibt uns darauf:

### Erwiderung.

Meine Antwort auf die Auslassungen des Genossen Feus kann nicht ganz so kurz sein, wie es meinem Bescheid entspräche. Feus arbeitet nämlich nach berühmten, aber durchaus nicht rühmlichen Mustern. Er malt Gefahren an die Wand, die nicht existieren, und unterstellt An- und Absichten, die niemand hat, um sein Verfahren, Macht zu erlangen, als das einzig Mögliche und Vernünftige erscheinen lassen zu können.

So muß ich denn zunächst folgendes feststellen. Das Deutsche Reich als politisch-organische Zusammenfassung des deutschen Volkes verneint kein deutscher Sozialdemokrat, noch besteht irgend eine Gefahr, daß diese Einheit, daß die Verbindung der über lechzig Millionen Deutschen zu einem großen politischen Gemeinwesen von irgend einer äußeren Macht „zertrümmert“ werden könnte. Es heißt also die in der Sozialdemokratie obwaltende Meinungsverschiedenheit falsch hinstellen und den anders als Feus- und Genossen Denkenden falsches, sie den böswilligsten Verleumdungen auslegendes unterstellen, wenn man die Streitfrage so schildert, wie Feus es tut. Er frisiert die mit Recht verworfene Met.ode der weiland bismarckischen Schindknappen wieder auf, die jeden, der die Verfassung des Reiches und seine Politik anders wollte, als der Herr und Meister, als „Reichsfeind“ denunzierten.

Ebenso wenig wie irgend ein Sozialdemokrat die Existenz Deutschlands als selbständiges Gemeinwesen „verneint“ oder auch nur beschädigt sehen will, ebensowenig wird von irgendeinem Sozialdemokraten die Notwendigkeit bestritten, die Bürgerpflichten zur Verteidigung Deutschlands zu erfüllen, so lange diese Existenz in ernstlicher Gefahr ist. Die Größe oder Dauer dieser Gefahr hängen aber keineswegs nur von äußeren Feinden ab. Sie werden auch nicht ausschließlich auf den Schlachtfeldern entschieden. Sie werden in hohem Grade durch die Politik der Kabinette bestimmt, auf die wiederum Einflüsse verschiedenster Art einwirken.

Und dies ist der Punkt, wo der Hauptgegenstand des heute in der Sozialdemokratie obwaltenden Meinungsstreites seinen Ausgang nimmt. Nicht die Stellung zur Verteidigung des Landes, die Stellung zur Politik des Landes ist in Frage, und sie konzentriert sich in der Frage der parlamentarischen Verantwortung für das, was in der Politik geschieht. Kann und darf die Sozialdemokratie als die Partei der entscheidenden Demokratie durch ihre Abstimungen im Parlament die Verantwortung für eine Politik auf sich nehmen, die — um es so faßlich wie möglich auszudrücken — von Grundzügen aus geleitet wird, die nicht demokratischer Natur sind? Das ist die Kernfrage, zu der wir Stellung zu nehmen haben, und bei der es gleichfalls „ein Hüben und drüben nur gibt“.

Die Frage „Kladderadatsch“ oder nicht, hat damit gar nichts zu tun, wie sie denn auch von keinem der Gegner der gegenwärtigen Fraktionspolitik in die Debatte geworfen worden ist. Ihre Heranziehung ist Spiegelgebildet, die nur die Verwirrung der wirklichen in Betracht kommenden Gesichtspunkte zum Zweck haben kann. Es ist Feus nicht unbekannt, daß eine Reihe entscheidender Gegner der Katastrophepolitik, von der Gattung Machtpolitik, die er jetzt betreibt, ganz und gar nichts wissen wollen.

Auf das entscheidende muß ich die Unterstellung ablehnen, zu irgendeiner Zeit diese Gattung Machtpolitik befristet oder gar mit betrieben zu haben. Ich bin für eine ehrliche, grundsätzliche demokratische Reformpolitik eingetreten und werde nicht nachlassen, es zu tun. Für eine Machtpolitik, die damit anfängt, um der Erhaltung eines diktatorischen Macht willen Grundzüge des demokratischen Rechts der Völker mit Füßen zu treten, bedanke ich mich schonstens. Ich halte sie für ebenso sittlich verwerflich, wie ich sie für politisch kurzzeitig halte.

Ein so verlangter Machtgewinn ist stets kurzlebig. Aber dauernd würden die schädigenden Rückwirkungen auf die Seele der deutschen Arbeiter und die Stellung des deutschen Volkes gegenüber den Demokratien der Kulturwelt sein.

Mag sein, daß rückhaltloses Verharren bei den demokratischen Grundzügen unseres Programms in dieser Stunde der Vertreibung der Weisheit der Partei einigen Abbruch an ihrer äußeren Macht eintragen könnte. Die Sozialdemokratie würde daran nicht zugrunde gehen. Sie ist keine Partei, die nur mit heute und morgen rechnet. Es war bisher das schönste Blatt in ihrem Ruhmeskranz, daß sie niemals den Strömungen des Tages ein Zielchen ihres besseren Selbst geopfert hat. Und stets noch ist der Verlust, den die Abweisung solcher Seelenopfer ihr im Augenblick verursachte, vorübergehender Natur gewesen und durch um so größeren Gewinn später doppelt und dreifach ausgeglichen worden.

Und wenn Feus schließlich auch noch mir persönlich mit dem Verlust meines Mandats droht, so muß er mir schon gestatten, dieses Schreckmittel — ich will wieder den mildesten Ausdruck wählen — armfellig zu finden. Ich bin mir bewußt, daß die Politik, für die ich eintrete, nach meiner innersten, auf meiner Kenntnis der Geschichte und meiner politischen Erfahrung gegründeten Überzeugung den besten Interessen des deutschen Volkes und damit auch der Bevölkerung meines Wahlkreises entspricht. Anderes können und anderes, dessen bin ich überzeugt, werden auch meine Breslauer Parteigenossen nicht von mir verlangen. Sie werden mit mir den Satz unterzeichnen, der zu allen Zeiten die Maxime meines politischen Wirkens gewesen ist:

Nichtswürdig ist der Politiker, den die Furcht, an Popularität zu verlieren, zum Abweichen von dem Veranlaßt, was sein Gewissen ihm vorschreibt.

Ed. Bernstein.

### Aus der Partei.

#### Nachmals die Meinungsfreiheit der Gewerkschaften.

Die Genossen Legien und Robert Schmidt ersuchen uns um Aufnahme folgender Schreiben:

Genosse Kautsky wiederholt in seiner neuen Rundgebung, das, was ich selbst über die Verhandlungen des Parteitages in Mannheim berichtet habe, anstatt einfach zu erklären, daß seine Darstellung der Beschlußfassung auf dem Parteitage falsch war.

Er behauptet, ich verleihe das Vetoethema, weil ich über die Äußerungen der „J. R.“ in der Sache nichts gesagt habe. Für die „J. R.“ bin ich nicht verantwortlich. Ihren Inhalt lerne ich zu derselben Zeit, oftmals später, kennen als die sonstigen Abonnenten der Korrespondenz. Den Sonderberatungen, die Kautsky mit den 32 Unterzeichnern seines Antrages 1906 in Mannheim hatte, habe

ich nicht beigewohnt. Ich kann deshalb nicht beurteilen, ob die von der „F. A.“ aufgestellten Behauptungen richtig sind oder nicht und muß dieser die Beweisführung überlassen.

Genosse Kautsky wird in der Partei als Historiker angesehen und deshalb angenommen, seine Darstellungen seien historische Wahrheit. Deswegen sah ich mich als einer der Referenten zum Tagesordnungspunkt des Parteitag in Mannheim „Der politische Waffentritt“ veranlaßt, die Beschlußfassung an der Hand des Protokolls gegenüber den falschen Angaben Kautskys richtig darzustellen.

Auch jetzt noch behauptet Genosse Kautsky, er hätte seinen Antrag so geändert, daß schließlich auch Legien dafür gestimmt hat. Das ist nicht wahr. Erst die Annahme des Antrages Quard gab dem Antrag Kautsky den Inhalt, dem auch ein Gewerkschaftler zustimmen konnte.

Wie richtig es war, Bömelburg gegen Kautsky in Schutz zu nehmen, geht daraus hervor, daß Bömelburg trotz der rein parteipolitischen Erwägungen“ ebenso wie ich, für die Resolution erst stimmen konnte, nachdem Form und Sinn anders geworden war, als Kautsky es wollte.

Berlin, den 13. Juli 1915.

E. Legien.

Genosse Kautsky bestreitet in einer Zuschrift an den „Vorwärts“, daß er in der Berliner Delegation des Mannheimer Parteitag den folgenden von der „F. A.“ angegebenen Ausdruck getan hat: „Das ist die Gelegenheit, um die Gewerkschaftsführer zu bücken.“

Als Teilnehmer dieser Konferenz erkläre ich, daß die Äußerung von Genossen Kautsky gebraucht wurde, daran ändert nichts, daß er es jetzt bestreitet. Wiederholt ist in dieser Konferenz von Webel das Verhalten Kautskys als eigensinnig bezeichnet, da sich auch Webel in der Konferenz vergeblich bemühte, Kautsky zur Zurücknahme des zweiten Teils seines Antrages zu bewegen.

R. Schmidt.

### Die Parteipresse zur Gewerkschaftskonferenz.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt:

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat Ende Juni die Gewerkschaftsmitglieder davor gewarnt, den Parteistreit in die Gewerkschaften zu tragen. Da die Generalkommission selbst bestrebt gewesen ist, die Richtung der sozialdemokratischen Politik mitzubestimmen und da auch Gewerkschaftsvorstände und Gewerkschaftszeitungen ihre Mitglieder und Leser offensichtlich für die Durchhaltepolitik zu gewinnen suchten, so kann die neuerliche Warnung der Generalkommission nur bedeuten: die Mitglieder haben die politische Meinung ihrer Gewerkschaftsführer ohne Widerspruch hinzunehmen. Damit ist das Thema „Massen und Führer“ wieder aufgerollt.

Ist denn aber wirklich diese Selbstherrlichkeit bei den Gewerkschaftsinstanzen vorhanden? Der Leser mag selbst prüfen:

Am 23. September fand eine Sitzung der Generalkommission der Gewerkschaften mit den Parteivorständen statt, in der die erste u. a. Beschwerde dagegen erhob, daß der „Vorwärts“ die Interessen der deutschen Partei gegen die Angriffe sozialistischer Parteien des Auslandes nicht genügend vertreten habe und in seinen Berichten über Greuel, Verwundeten- und Kriegsgefangenenbehandlung nicht objektiv genug gewesen sei. Woher hatte die Generalkommission das Mandat, in diesen Dingen auf die Partei einzuwirken? Sie hatte sich diese Vollmacht, die ihr kein Gewerkschaftskongreß gegeben hat, selbst erteilt. Aber das war nur der erste schäblichste Schritt der Gewerkschaftsführer auf dem Wege, auch die politische Leitung der Arbeiterbewegung nach und nach in die Hand zu nehmen. Damals entstand das Wort, daß der Parteivorstand „der Gesangene der Generalkommission“ sei. Damals hieß es auch, daß die Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine eigene Tageszeitung brauchen und zwar eine solche, die ihnen nicht Knäpkel zwischen die Beine werfe, sondern ihre praktische Arbeit fördere. Damals, wo die Gewerkschaftsdelegationen von den Behörden zu so vielen Sitzungen geladen wurden, die soziale Kriegsmassnahmen betrafen, wo sich die Gewerkschaftsvertreter wie nie vorher inmitten praktischer Arbeit fühlten, empfanden sie es besonders übel, wenn andersdenkende Politiker Meinungen zutage förderten, die in diese augenblicklichen Stimmungen nicht hineinpaßten.

Die gewerkschaftliche Tageszeitung ist nicht gegründet worden, dafür aber entstand als Zentralstelle der freien Gewerkschaften die „Internationale Korrespondenz“, später daneben auch die „Deutsche Auslandskorrespondenz“. Am 27. Oktober 1914 schrieb Genosse Legien zur Empfehlung der neu erschienenen „F. A.“:

„Notwendig ist es, daß die Gewerkschaftspresse und auch die Parteipresse Kenntnis von dem erhält, was die Korrespondenz bietet. Es wäre aber unzumutbar, diese durch das Bureau der Internationalen Gewerkschaftsbundes herauszugeben zu lassen. Wenn es sich auch um Uebersetzungen von Artikeln der Arbeiterpresse des Auslandes handelt, so wird der Sache doch eine gewisse Tendenz anhaften. Dies könnte geeignet sein, den Wiederaufbau der Internationale nach Beendigung des Krieges zu erschweren, deshalb hat Genosse Baumeister die Korrespondenz mit meinem Einverständnis in seinem Namen herausgegeben.“

Eine solche Materialsammlung herauszugeben (natürlich ohne jene Tendenz der „F. A.“), wäre Aufgabe des Parteivorstandes und des sozialdemokratischen Pressebureaus gewesen. Das hätte man nicht der Zentralstelle der Gewerkschaften überlassen sollen. Die Internationale Korrespondenz hat ihren Charakter als Materialsammlung nicht lange behalten; sie brachte bald auch politische Abhandlungen. Sie ist jetzt auch keine „Korrespondenz“ mehr, sondern eine politische Wochenchrift, an der Deine, Haenisch und andere mitarbeiten. Und am 8. Juli kündigte sie das Erscheinen einer Serie von Broschüren, in denen der Standpunkt der (angeblichen) Parteimehrheit vertreten werden soll“, an.

Wir fragen wieder, welcher Gewerkschaftskongreß hat die Zentralstelle der freien Gewerkschaften zu solcher Tätigkeit ermächtigt? Wie kann unter diesen Umständen die Generalkommission an die Gewerkschaftsmitglieder die Warnung richten, „den Parteistreit nicht in die Gewerkschaften zu tragen“? Glaubt es, um sich mit diesem Bluff vor der Kritik durch die Gewerkschaftsmitglieder zu sichern?

Dazu kommt nun am 3. Juli die Drohung des „Grundstein“, der Wochenschrift des Deutschen Arbeiterverbandes, daß die Gewerkschaften „groß und stark genug sein werden, um ihrerseits das Aktionszentrum zu schaffen“, wenn die Partei nicht so will wie gewöhnlich Gewerkschaftsführer. Vorläufig sucht man durch die Gewerkschaftsblätter und durch die Gewerkschaftsfunktionäre unsere Partei in eine gewisse Richtung zu drängen. Wir glauben jedoch, daß die Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre, die der Sozialdemokratie angehören, nicht diese neuen Wege gehen wollen, noch viel weniger aber Lust haben werden, sich um das vom „Grundstein“ angekündigte neue „Aktionszentrum“ außerhalb der Sozialdemokratie zu gruppieren.“

Die Frankfurter „Volksstimme“ bemerkt:

„Die „Volksstimme“ hat in der Nr. 153 vom 8. Juli Betrachtungen gebracht, die ausdrücken, es sei verständlich, wenn die Organisationsleiter die Einheit der Bewegung hüten. Aber es wurde auch gesagt, man dürfe aus dem Gefühl, der in der Stunde der Leidenschaft befangen werde, kein Kapitalverbrechen machen. Das sei hier nochmals betont. Wenigstens die Mehrheit der Unterzeichner jenes Flugblattes“ wird angeführt der einmütigen Kundgebung der Gewerkschaftsvorstände wohl erneut erwägen, ob die Form ihres Vorgehens nicht schädlich wirken möchte.“

Gegen den Antrag von Bernstein-Haase-Kautsky hat sich die Vorstandskonferenz nicht geteilt. Das ist ein Zeichen, daß die Gewerkschaftsleiter Maß zu halten wissen. Doppelt schwer wiegt darum ihre Verurteilung des Flugblattes.“

\*) Kundgebung vom 9. Juni an den Parteivorstand. D. A.

## Gewerkschaftliches.

### Gelernte Arbeiter und ungelernete Arbeit.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß unter den gelernten Arbeitern, die gewerkschaftlich und politisch ungeschult sind, noch vielfach die Ansicht zu finden ist, die ungelernen Arbeiter wären minderwertig im allgemeinen Wirtschaftsbetriebe. Sie meinen durch die drei- und vierjährige Lehrzeit in ihrem Berufe es zu qualitativ höher zu bewertenden Arbeitern gebracht zu haben als ungelernete Arbeiter und erheben dementsprechend auch Anspruch auf ein höheres Lohn Einkommen als das der ungelernen Arbeiter. Haben sie nun gar ihr Lohn Einkommen mit Hilfe ihrer Organisation durch Tarifabschlüsse mit den Unternehmern auf eine längere Zeit festgelegt, so will es ihnen erst recht nicht einleuchten, daß die ungelernen Arbeiter ihre Arbeitskraft teilweise höher einschätzen, als sie es als gelernte Arbeiter getan haben. Diese gewerkschaftlich und politisch ungeschulten Arbeiter haben die Berufsüberhebung noch nicht überwunden. Auch daß die guten und schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse eines Berufes auf die Verhältnisse in den anderen Berufen einwirken, haben sie noch nicht begriffen. Diese gelernten Arbeiter dünken sich noch immer als „bessere Menschen“, die jede Gleichstellung mit den ungelernen Arbeitern ablehnen müssen. Den Vorteil aus diesem unsozialistischen Gebaren der Arbeiter zieht einzig das Unternehmertum. Ja, es wird ihm hierdurch geradezu Anlaß gegeben, von ungelernen Arbeitern geforderte Lohn erhöhungen als unberechtigt abzuweisen.

Durch die Stilllegung zahlreicher Berufe während der Kriegszeit haben sich nun viele gelernte Arbeiter gezwungen, gerade zu der so oft verächtlich bedachten „ungelernten“ Arbeit in der Industrie und im Handelsgewerbe ihre Zuflucht zu nehmen. Speziell die Rüstungsindustrie bietet den ungelernen Arbeitern ein großes Feld der Betätigung, das zurzeit von den gelernten Arbeitern anderer Berufe in ausgiebigster Weise als Freiland mit Beschlag belegt worden ist. Dasselbe gilt für das Handels- und Transportgewerbe; haben doch selbst manche öffentliche Arbeitsnachweise das Handelsgewerbe als Arbeitsgebiet für Arbeiter gelernter Berufe gewählt.

Not kennt kein Gebot und ist durch sie nun vielen gelernten Arbeitern die Möglichkeit gegeben, die nach ihrer Anschauung qualitativ so niedrig zu veranschlagende ungelernete Arbeit in Industrie und Handel praktisch kennen zu lernen. Diese Ueberläufer zählen zu alledem noch zum großen Teil zu den unorganisierten Arbeitern, denen das Solidaritätsbewußtsein selbst ihren Berufskollegen gegenüber noch ein Brief mit sieben Siegeln ist. Mag nun der gelernte Arbeiter in seinem eigenen Berufe selbst eine erste Kraft repräsentieren, so ist damit noch nicht entschieden, daß er sie auch für jede ungelernete Arbeit in der Industrie und im Handelsgewerbe darstellt. Die Arbeitsleistung in der modernen Großindustrie und im Handelsgewerbe ist so vielgestaltig, daß es unmöglich ist, daß jeder einzelne Arbeiter — selbst wenn er der am höchsten qualifizierte „gelernte Arbeiter“ wäre — die nötige Anpassungsfähigkeit für jede Stelle besitzen kann. Die zu allen Zeiten starke Fluktuation unter den ungelernen Arbeitern in der Großindustrie findet ihre Begründung wesentlich in den Anforderungen an die physische Leistungsfähigkeit dieser Arbeiterkategorie, der nicht jeder Arbeiter gewachsen sein kann.

Die Spezialisierung der Arbeiten im Handelsgewerbe fordert ebenfalls Fähigkeiten, die nicht jedem Arbeiter eigen sind. So wird zum Beispiel ein tüchtiger mit allen technischen Handgriffen vertrauter Schriftsetzer, Lithograph oder Bildhauer zum Handelshilfsarbeiter (Bader in Porzellan, Majolika oder in der Rippelindustrie) ebenso ungeeignet sein, wie der Bader zum Schriftsetzer usw., selbst wenn er über gute Kenntnisse in der Grammatik und Orthographie verfügt. Auch die ungelernen Arbeiter in der Industrie und im Handelsgewerbe müssen bei jedem Wechsel ihrer Berufstätigkeit eine, wenn auch nicht offizielle Lehrzeit durchmachen, um die notwendige Fertigkeit in den jeweiligen Berufen zu erlangen. Ausnahmen in der Anpassungsfähigkeit einzelner Arbeiter zu verschiedenen Berufen können keinesfalls als Regel angesprochen werden.

Den Arbeitern sollte die Not des Krieges mit aller Deutlichkeit das Bewußtsein dafür schärfen, daß sie auf Berufsorgeln keinen Anspruch erheben dürfen. „Gelernten“ und „ungelernten“ Arbeitern muß die Uebung der Solidarität mit ihren Arbeitsgenossen als höchstes Ideal gelten. Der Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen in Berufsorganisationen ist nach dem Kriege dringender geboten als je zuvor. Die Gleichgültigkeit unter den Arbeitern darf sich nach dem Kriege auf keinen Fall behaupten. Damit wäre zugleich der Berufsüberhebung und der Selbstsucht unter der deutschen Arbeiterschaft der Boden zum Fortbestehen zum größten Teil entzogen. Ist der Kostengeist und Eigendünkel in den einzelnen Berufsgruppen der Arbeiterbewegung erst gänzlich ausgerottet, dann ist auch der Organisationsarbeit ein schweres Hemmnis aus dem Wege geräumt.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung!

#### Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes!

Durch Beschluß der 12. ordentlichen Generalversammlung tritt die bei Kriegsausbruch inhihierte Unterstützung in Krankheitsfällen am 1. August d. J. in halber Höhe wieder in Kraft. Doch ist vorläufig noch eine Wartzeit von 14 Tagen vorgelesen.

Des weiteren ist vorgelesen, daß der 1. August bereits als Zahltag gilt. Es ist deshalb notwendig, daß die erkrankten und arbeitsunfähigen Mitglieder sich bereits vom 19. Juli ab in unserm Bureau schriftlich, mündlich oder durch dritte Personen melden, um sich vor Schaden zu schützen.

Alle übrigen neuen Bestimmungen des Statuts treten an einem späteren noch zu bestimmenden Termin in Kraft.

Die Ortsverwaltung.

### Kriegslöhne vor dem Gewerbegericht.

Am Dienstag verhandelte die Schlichtungskommission wieder über Differenzen im Schneidergewerbe. Auch hier waren wieder ganz verzwickte Arbeitsverhältnisse zu entwirren, da die Militärarbeit in diesen Fällen durch die verschiedensten Hände gerollt war. Ein Zwischenmeister meinte ganz naiv, daß er nichts verlange, wenn man nur von ihm nichts verlangte. Eine Arbeiterin erhob gegen ihn durch Vertretung Kunze vom Schneiderverband eine Forderung auf 440 M. Er hatte der Arbeiterin Durchführung, Licht usw. angerechnet, was von der Schlichtungskommission als unzulässig bezeichnet wurde. Die betreffende Arbeit war viermal verhoeben worden und an fünfter Stelle kamen erst die Arbeiter. Die Kunze anführte, habe der letzte Arbeitgeber sich darum zu kümmern, was zu zahlen ist. Der Zwischenmeister habe in diesem Falle Dinge angerechnet,

die den Arbeitern nicht angerechnet werden dürfen. Nach oben hin habe man in solchen Fällen nicht den Mut, mehr zu verlangen, so brüde man dann nach unten hin auf die Löhne.

„Man kann mir doch nicht zumuten, daß ich nur 7 Pf. an einem Mantel verdienen soll. Und wenn ich die Arbeit nicht übernehme, nehmen sie 100 andere!“

„Denn bringen Sie die 100 hierher und wir werden sie ebenfalls zwingen, die festgesetzten Löhne zu zahlen“, beehrte ihn Kunze. Die Angelegenheit mußte vertagt werden.

Die Automatenrichter an den Schraubenbänken beschäftigten sich am Sonntag mit ihrer gegenwärtigen Berufsfrage. Dieselbe ist infolge der Heeresarbeit sehr günstig; trotzdem lassen die Löhne, an den derzeitigen Verhältnissen gemessen, zu wünschen übrig. Die Unternehmer bemühen die Restanationen vielfach, um die Niedrighaltung der Löhne zu bewirken. Auch wird das Ueberstundenwesen in ganz bedenklicher Weise ausgenutzt. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß dies in der jetzigen Ausdehnung nicht nötig ist, sondern eingeschränkt werden kann. Weiterhin wird verlangt, daß in den Werbetrieben, wo besonders niedrige Löhne gezahlt werden, entsprechende Maßnahmen getroffen werden sollen.

### Deutsches Reich.

#### Der Lederarbeiterverband im Jahre 1914.

Der Lederarbeiterverband, der die in der Handschuhindustrie, in der Leder- und Chromgerberei sowie in der Weidgerberei und Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt, zählte bei Beginn des Berichtsjahres 16481 Mitglieder, 14306 männliche und 2085 weibliche. Mit Abschluß der ersten Jahreshälfte, also unmittelbar vor Kriegsausbruch, waren noch 16249 Mitglieder vorhanden. Der Kriegsausbruch wirkte jedoch auch auf die Mitglieder dieses Verbandes ungünstig ein, obwohl für die Arbeiter in der Ledergerberei eine außerordentlich günstige Konjunktur einsetzte. Am Jahresfluß hatte der Verband unter Einrechnung der im Jahre stehenden 4178 Mitglieder nur noch 15377 Mitglieder, somit einen Verlust von 1104 Mitgliedern, wovon auf die zweite Jahreshälfte allein 872 Mitglieder als Verlust entfielen.

Durch Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder wurde der Verband in der zweiten Jahreshälfte in ungewöhnlichem Maße in Wirtschaftslage gezogen. Während sich die Arbeitslosenquote des ersten Halbjahres 1914 nicht erheblich über den Durchschnitt der des Vorjahres bewegte, wurden für das zweite Halbjahr 1914 bereits 56,1 Prozent Arbeitslose gemeldet. Die Zahl der Arbeitslosen- und Unterstützungsanträge hat sich im Jahre 1914 gegenüber dem Vorjahre absolut verdreifacht. Dieser Umstand kommt natürlich auch im Massenbericht zum Ausdruck. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sind von 62895 M. im Jahre 1913 auf 178731 M. im Jahre 1914 gestiegen, obwohl die Unterstützungsfähigkeit mit Kriegsausbruch wesentlich reduziert wurden.

Lohnbewegungen, die sich nur auf den Zeitraum der ersten sieben Monate erstreckten, fanden insgesamt 31 statt, von denen 3 mit 28 ohne Arbeitsstellenveränderung beendet wurden. Die Streiks waren Angriffstreiks, Abwehrstreiks und Aussperrungen fanden im Berichtsjahre nicht statt. An den Streiks waren 190 Personen, an den Lohnbewegungen ohne Arbeitsstellenveränderung 2534 Personen beteiligt. Von den 21 Lohnbewegungen verliefen 10 für die Arbeiter erfolgreich und 21 teilweise erfolgreich. Erreicht wurde für 1872 Personen eine Lohnhöhung um 8297 M. und eine Arbeitszeitverlängerung für 492 Personen um 670 Stunden wöchentlich. Außerdem wurde für 74 Personen eine Lohnherabsetzung um 190 M. wöchentlich abgelehrt.

Tarifverträge wurden 21 für 64 Betriebe mit 2243 Beschäftigten geschlossen. Am Jahresfluß bestanden mit den in den Vorjahren abgeschlossenen und noch geltenden Tarifverträgen 126 Verträge für 388 Betriebe mit 6548 Personen, wovon 7948 Personen dem Lederarbeiterverband angehören. Es stehen somit 31,7 Proz. aller Verbandmitglieder mit Jahresfluß 1914 unter Vertragsverhältnissen.

Die Ausgaben überstiegen die Einnahmen um 50016 M. Die Reineinnahmen betrugen 418390 M., die Reineinnahmen dagegen 463906 M.; die Einnahmen verminderten sich infolge des Krieges um 71087 M.; die Ausgaben vermehrten sich hingegen um 68752 M. gegenüber dem Vorjahre. Diese Mehrausgabe entfällt vollständig auf die Arbeitslosenunterstützung.

An Erwerbslosenunterstützung wurde in 15220 Fällen für 255053 erwerbslose Löhne die Summe von 256612 M. ausbezahlt. Die Unterstützungsansprüche des Verbandes betragen insgesamt für alle Unterstützten 315544 M.; auf den Kopf des Mitgliedes berechnet, wurden hierfür 22,56 M. gegen 15,12 M. des Vorjahres verausgabt.

Der Vermögensbestand des Verbandes ist von 233071 M. am Jahresbeginn auf 183065 M. am Jahresfluß 1914 zurückgegangen.

## Aus Industrie und Handel.

### Getreidehöchstpreise in Oesterreich.

Eine in der „Wiener Zeitung“ erscheinende sofort in Kraft tretende Regierungsverordnung legt die Preise bis zur Ernte 1916 für Weizen oder Spelz auf 34, für Roggen und Weizen gerste auf 28, für Futtergerste und Hafer auf 26 Kronen fest. Bei Abnahme von Weizen vor dem 18. September, von Roggen vor dem 18. August und bei Hafer vor dem 1. Oktober 1915 werden noch feststehende Zuschläge berechnet. Die Weizenpreise werden später veröffentlicht werden. Die für die Broterzeugung dienenden Hauptverbrauchsarten werden eine erhebliche Preisermäßigung erfahren. Es sieht sehr, daß in einigen Wochen nur mehr unweiteschtes Getreide in Verkehr gesetzt wird.

### Die englische Anleihe.

London, 13. Juli. (M. T. W.) Der finanzielle Mitarbeiter der „Times“ schreibt: Man hoffte am Donnerstag in bestunterrichteten Kreisen, daß auf die Anleihe 550 bis 600 Millionen Pfund Sterling gezeichnet werden würde. Der Korrespondent meint jedoch, der Erfolg wäre noch größer gewesen, wenn die Anleihe weniger plüchlich emittiert worden wäre. Sie würde jetzt nicht annähernd den Betrag erreichen, den man hätte erlangen können, wenn Zeit für vernünftige Vorbereitung gewesen wäre. In Bankkreisen werde wiederholt gesagt, daß Leute mit geringem Kapital oder hohem Einkommen, beispielsweise 1500 bis 2000 Pfund Sterling Jahreseinkommen, nicht die Anleihe gezeichneten. Das sei ein Zeichen, daß die Notwendigkeit der Sparbarkeit vielfach noch nicht völlig erkannt werde.

### Erhöhung der französischen Schatzscheine-Anleihe.

Paris, 13. Juli. (M. T. W.) Meldung der Agence Havas. Finanzminister Ribot brachte am Montag in der Kammer einen Gesetzentwurf auf Erhöhung des Ausgabebetrages der Schatzscheine für Zwecke der Landesverteidigung auf sieben Milliarden Frank ein. Der am 18. Mai auf sechs Milliarden festgesetzte Ausgabebetrag ist bereits um 150 Millionen überschritten worden.

### Getreideausfuhr aus Rumänien.

Bukarest, 13. Juli. (M. T. W.) Halbamtlich verlautet, daß dem nächsten Sonntag ab neue Bestimmungen für die Ausfuhr von Getreide sowie von jenen Waren gelten, deren Ausfuhr nicht verboten ist. Ausgehend von der Notwendigkeit, keine rumänischen Waggons über die Grenze zu lassen, erfolgt die Beförderung der Waren bis zu elf in deren Nähe gelegenen Orten. Von hier aus hat die Weiterbeförderung durch die Käufer zu erfolgen. Auf diese Weise sollen täglich zu den verschiedenen Grenzorten gegen 360 Waggons befördert werden. Die betreffende Beförderung des Ministeriums wird gleichzeitig feststellen, in welchem Umfang an dieser Ausfuhr die Grundbesitzer, die landwirtschaftlichen Syndikate, die Bauern und die übrige Bevölkerung beteiligt sein sollen.



Heute Mittwoch, den 14. Juli: Zahlabend in Groß-Berlin.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 273 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 2. und 4. Garde-Regiment z. S.; 2. Garde-Reg.-Reg.; Grenadier-Regiment Alexander und Elisabeth (letzteres f. auch Garde-Füs.-Reg.); Garde-Füs.-Reg. Garde-Jäg. u. Garde-Reg.-Jäger-Bataillon; Garde-Schützen-Bat. (f. auch Garde-Füs.-Reg.). Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1 (f. Erf.-Inf.-Reg. Königsberg II), 3, 4, 7, 11, 15, 18, 19, 22, 24, 29 bis einschl. 37, 39, 40, 44, 46, 49, 55, 57, 58, 59, 62, 66, 68, 70, 72, 76, 77, 79, 84 bis einschl. 88, 91, 112, 113, 117, 118, 129, 130, 132, 143, 146, 154 (f. Inf.-Reg. Nr. 331), 157, 160, 165, 168, 171 bis einschl. 175, 331, 332, 333, 336. Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 11, 15, 18, 20, 21, 22, 25, 26, 27, 35, 40, 48, 61, 65, 71, 79, 81, 88, 90, 91, 93, 99, 111, 201, 205, 217, 218, 219, 223, 227, 229, 234, 236, 239, 253, 260, 261, 264, 265, 267, 269, 270. Erf.-Inf.-Reg. Königsberg II. Inf.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 4, 21, 25, 28, 37, 40, 49, 53, 55, 60, 67. Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 15, 37, 38, 49, 80. Landst.-Inf.-Bataillone 2. Grades (f. Inf.-Reg. Nr. 332), 2. Beuthen i. Ch.-Schlesf., 2. I. Breslau (f. Inf.-Reg. Nr. 333), Koblenz (f. Inf.-Reg. Nr. 336), 3. Koblenz (f. Inf.-Reg. Nr. 332), 1. Rüttrin, III und V Darmstadt, Göttingen, II Siegen, Limburg a. L., I Witten, Marienburg, Mühlhausen i. Th., III Münster, I Münsterberg, I Neustrelitz, 3. Potsdam, 9. Landst.-Inf.-Erf.-Bat. des 7. Armeekorps. Jäger-Bataillone Nr. 1 (f. Erf.-Inf.-Reg. Königsberg II) und Nr. 5; Inf.-Bataillone Nr. 5, 7, 20. Maschinen-gewehr-Komp. Poen Nr. 5 (f. Inf.-Reg. Nr. 332); Maschinengew.-Zug Nr. 120 (f. Inf.-Reg. Nr. 79); Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 86 (f. Inf.-Reg. Nr. 86); Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 131 (f. Inf.-Reg. Nr. 72); Feld-Maschinengew.-Abteilungen Nr. 1 (zugeteilt der 79. Inf.-Div.) und Köln Nr. 86.

Kavallerie: Regiment der Gardes du Corps. Kürassiere Nr. 1, 2; Inf.-Dragoner Nr. 1; Husaren Nr. 7; Inf.-Husaren Nr. 5; Husaren Nr. 11; Inf.-Husaren Nr. 5; Jäger zu Pferde Nr. 7, 13; 2. Landw.-Esk. des 9. Armeekorps; Inf.-Abteilungen Nr. 76 und 78. Feldartillerie: Regiment Nr. 23, 35, 36, 46, 47, 50, 53, 57, 59, 63, 69, 74, 75, 81, 104, 112, 201, 213, 237; Inf.-Regimenter Nr. 17, 18, 22; 1. Landw.-Batt. des 9. Armeekorps. Fuhrartillerie: Regiment Nr. 4, 6, 7, 10; Inf.-Regimenter Nr. 6, 8, 9, 10; Bataillon Nr. 26; Inf.-Bataillon Nr. 21; Batterie Nr. 240.

Pioniere: Regiment Nr. 18, 19, 23, 25, 29, 36; Bataillone Nr. 1 (f. Pionier-Begleitkommando des Div.-Brückentrains Nr. 1), II, Nr. 6, I, Nr. 7, I, Nr. 8, II, Nr. 27, III, Nr. 28; Erf.-Bat. Nr. 1; Inf.-Kompanien Nr. 76 und 10; Pionier-Begleitkommando des Div.-Brückentrains Nr. 1, Pionier-Kompanie Nr. 118.

Verkehrstruppen: Eisenbahn-Betriebskomp. Nr. 10. Telegraphen-Abt. Nr. 4 der 5. Armee. Inf.-Fernspr.-Abt. Nr. 24. Feldluftschiffer- und Fliegertruppe.

Train: Train-Abt. Nr. 6; Pionier-Verlagerungs-Train Nr. 11. Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 81 des 20. Armeekorps. Zentral-Fuhrparkdepot Nr. 3; Erf.-Fuhrparkdepot des 10. Armeekorps.

Munitionskolonnen: Inf.-Munitionskolonnen Nr. 39; Art.-Munitionskolonnen Nr. 1 des 6. Reservekorps; Etappen-Munitionskolonnen Nr. 47.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 1 des 3. Nr. 1 des 5. Nr. 3 des 8. Armeekorps und Nr. 111 und 113; Inf.-Sanitäts-Komp. Nr. 49. Feldlazarett Nr. 8 des 20. Armeekorps und Nr. 111. Freiwillige Krankenpflege.

Fortifikationen, Artillerie- und Arbeiter-Formationen: Fortifikation Köln. Arbeitskommando der 66. Inf.-Brigade. Artillerie-Park-Komp. Nr. 3 Antwerpen. Bezirkskommando III Hamburg.

Die bayerische Verlustliste Nr. 201 bringt Verluste des 2., 7., 8., 9., 10., 11., 14., 16., 17., 18., 19., 20. und 23. Inf.-Reg.; Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 6, 16, 17, 20, 21; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 5; Landst.-Inf.-Bat. Bamberg; I. u. 2. Wamern-Reg.; I. Gebirgsjäger-Reg.; 6. und 11. Feldart.-Reg.; Inf.-Feldart.-Regimenter Nr. 5, 8, 9; 4. Erf.-Feldart.-Abt.; 1. und 2. Fuhrart.-Reg.; 1. Mobiles Erf.-Bat.; Inf.-Fuhrart.-Reg. Nr. 1; 2. Pionier-Bat. Speyer; Flieger-Abt. 5; Brieffauben-Abt. C; Inf.-Pionier-Bat. Nr. 4; Etappen-Inspektion der 6. Armee; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 217 enthält Verluste des Gren.-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 124; Gebirgs-Komp. Nr. 1; Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 1; Pionier-Komp. Nr. 116; Sanitäts-Komp. Nr. 2; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Aus Groß-Berlin. Frauen am Ruder.

Am frühen Sonntagmorgen sitze ich am Ufer der Obersee bei Treptow. Die Fabrikchornsteine ringsum ruhen aus von der Wochenarbeit. Goldig glänzt die Morgen Sonne über den Wassern. Die Luft ist nach dem nächtlichen Regen selten rein und klar. Scharf zeichnet sich in der Ferne jede Kirchturmspitze, jeder Hausgiebel, jede Fahnenstange der Landkolonien ab. Nur ein lauchender Schlepper stößt schwarze Rauchwolken aus, stört mit heulender Sirene den herrlichen Morgenfrieden. Längst bin ich nicht mehr allein auf der Promenade des Plänterwaldes. Naum sechs Uhr ist es und schon sind die Ruhebanker am Wasser besetzt. Es ist ja Sonntag. Naturfreunde, die in der Woche kaum herauskommen aus dem dunstigen Berlin, sind früh aufgefunden, um in satten Zügen frische Morgenluft in die Lungen zu ziehen. Wer nicht weit weg will und sich den Sonntag weise einteilt, dem ist Treptower Land mit seinen zahlreichen Jähllern gerade recht zum Frühspaziergang. In der Eierhäusern gibt es gar schon duffenden Rostka. In hüftiger Ruhe, unbeweglich, hocken Angelbrüder in ihren an Stangen festgelegten Booten. Da von fern her schnell sich nähernde Kommandos, tafelmäßige Schläge: Training! Manu? Das sind ja Waujaden. Ueben denn hier Matrosen? Die Kommandos, die Silhouetten der Ruderer treten scharf hervor. Ah, Damen... in schmuckloser, aber fleidbarer Tracht, Arme und Hüfte frei, das Haupt mit blauen Luchern umwunden. Wie ein Sperber äugt die energische Schöne am Steuer. Sie ist ganz bei der Sache, läßt der „Mannschaft“ nichts durchgehen. Die biegsamen Mädchengestalten ducken sich zusammen, schnellen gleichmäßig nach rückwärts, in schönem Spurt steigt das erste Boot an und vorüber. Prachtvoll... famos... und der in wenigen Minuten nachfolgende Damenachter mit einem richtig gehenden Steuermann hinten und Auslug an

der Spitze ist eine wahre Augenweide. Ein alter Arbeiter belehrt mich mit stolzem Aufblicken der stahlharten graublauen Augen: „Viele davon sind unsere Mädels. Ja, die können noch mehr als in der Fabrik an der Maschine stehen. Immer neue wenden sich dem Ruderboot zu. Früher, da war das nicht so leicht mit dem Anschaffen eines Bootes. Lange muß gespart werden, bis der hölzerne Schwimmbogel bereit ist. Jetzt sind sehr viele von unseren alten Rudermannschaften im Felde. Die verlassenen Boote schenken sich nach dem Wasser. Da haben die Mädels nach den Riemen gegriffen und neues Leben in den Ruderboot gebracht. So kräftig wie unsere Jungen ziehen die Mädels nicht. Ist nicht trotzdem schon das Zufahren ein Genuß?“ Begeistert stimme ich zu... und zähle. Einundzwanzig in einer einzigen Stunde flühen vorüber, einundzwanzig mit Frauen und Mädchen besetzte Sportboote. Sie alle sind ja wohl von dem Gedanken besetzt, daß der Ruderboot nicht nur der Männerwelt gehören soll, und tüchtigere Frauen, kräftigere Nerven, höhere Arbeitsfreudigkeit, gesünderen Nachwuchs schafft als beim Durchschwärmen der halben Nacht in dem durch den Krieg ja auf Bartezeit gesetzten Tanzsaal.

Pferdegespanne dürfen ohne Beleuchtung fahren! Der Oberbefehlshaber in den Marken erläßt unter dem 13. Juli nachstehende Bekanntmachung.

Für den Landespolizeibezirk Berlin und für die Gemeinden im Kreise Teltow: Berlin-Treptow, Berlin-Brig, Berlin-Dahlem, Berlin-Friedenau, Berlin-Grünwald, Berlin-Johannisthal, Berlin-Lankwitz, Berlin-Lichtenfelde, Berlin-Mariendorf, Berlin-Niederschöneweide, Berlin-Schmargendorf, Berlin-Steglitz, Berlin-Tempelhof, im Kreise Niederbarnim: Berlin-Panow, Berlin-Reinickendorf, Berlin-Weißensee bestimme ich hiermit:

Zur Ersparrung von Beleuchtungsstoffen wird für die Zeit vom 15. Juli bis einschließlich 31. August 1915 die Fortkaffung der Beleuchtung an allen mit Pferden bespannten Fuhrwerken gestattet.

Die bestehenden polizeilichen Vorschriften treten insoweit außer Kraft. Der Oberbefehlshaber in den Marken. gez. von Kessel, Generaloberst.

Der Schwimmbadbetrieb beim Volkshaus Gerichtsstraße wird, nachdem die Beseitigung der Betriebsstörungen erfolgt ist, am Donnerstag, den 15. Juli, morgens 7 Uhr, wieder aufgenommen.

Der Fortbildungsschulunterricht während des Krieges.

Aus dem Nachrichtenamt des Magistrats wird folgendes geschrieben: In einer Tageszeitung sind in letzter Zeit Besprechungen über die Fortbildungsschule erhoben worden. Es wurde verlangt, in den Fortbildungsschulen für Jünglinge durch Verlegung der Unterrichtsstunden mehr Rücksicht darauf zu nehmen, daß jetzt in vielen Betrieben ältere Lehrlinge die zum Heeresdienst eingezogenen Schülern ertreten müssen. Diese Forderung erweckt den Anschein, als ob die städtische Verwaltung die wirtschaftlichen Verhältnisse gänzlich unbeachtet gelassen und im Betriebe der Fortbildungsschule keine Änderungen vorgenommen habe. Tatsächlich sind schon lange vor dem Erscheinen des fraglichen Artikels die Lehrlinge und die jugendlichen Arbeiter der für die Heeresverwaltung arbeitenden Betriebe beurlaubt worden, sobald der Nachweis über die Aufträge erbracht war. Diese Maßnahme entspricht einer Verfügung des Handelsministers. Außerdem ist der Unterricht für die Lehrlinge bestimmter Gewerbe nach Beurlaubung mit den Weiträten von 6 auf 4 oder 3 Stunden verflücht worden; in einigen Gewerben sind die Lehrlinge des 5. und 6. Schulhalbjahres für die Dauer des Krieges gänzlich beurlaubt worden; daselbst ist mit vielen älteren ungelerten Arbeitern gegeben, und schließlich ist jedes Gesuch um Beurlaubung von Fortbildungsschülern auch aus solchen Betrieben, die nicht mit Heereslieferungen bedacht sind, sorgfältig geprüft und in den meisten Fällen berücksichtigt worden. Die Arbeitsverhältnisse sind in den einzelnen Gewerben so verschieden, daß eine allgemeine Neuordnung der Unterrichtszeit nicht notwendig war. Außerdem hat der Handelsminister verfügt, den Unterricht der Fortbildungsschule soweit als irgend möglich aufrechtzuerhalten.

Ueber die Fortbildungsschule für Mädchen, die jetzt erst im 3. Jahre besteht, werden ähnliche Klagen erhoben wie über die Fortbildungsschule für Jünglinge in den ersten Jahren ihres Bestehens, weil sich viele Arbeitgeber noch nicht an die Schulpflicht der Mädchen gewöhnt haben und vielfach bei dem großen Andrang weiblicher Arbeitskräfte die schulpflichtigen Mädchen nicht annehmen oder bald wieder entlassen. Wenn die Fortbildungsschule infolgedessen als „Erwerbshindernis“ bezeichnet wird, so trifft die Schuld dafür nicht die Fortbildungsschule. Die Weiträte der Mädchen-Fortbildungsschule haben sich in letzter Zeit wieder mit der Schulpflicht der Mädchen beschäftigt und sich durchaus für sie erklärt. Die Beschwerden werden wie bei der Fortbildungsschule für Jünglinge verschwinden, je mehr sich die Mädchenfortbildungsschule als eine notwendige Bildungs- und Erziehungsanstalt einbürgert, als die sie schon jetzt von weisbildenden Männern und Frauen aus allen Erwerbszweigen betrachtet wird.

Nach zehn Wochen rekonnoziert. Am 2. Mai war in der Nähe des Bahnhofs Friedenau ein junges Mädchen aus einem Zuge der Wanneseebahn gesprungen und von einem auf dem Nebengleis herankommenden Zug überfahren und getötet worden. Bei der Toten wurden keinerlei Papiere vorgefunden, aus denen ihre Personalia hätten ermittelt werden können. Da die behördlichen Nachforschungen erfolglos geblieben waren, wurde die Leiche der Lebensmüden zur Beerdigung freigegeben und auf dem Schöneberger städtischen Friedhof beigesetzt. Jetzt nach zehn Wochen ist die Lebensmüde als das Dienstmädchen Helene Petra, das bei einer Familie in der Fregestraße in Schöneberg bis zum 30. April in Stellung gewesen war, festgestellt worden. Die Verwandten der P., die seit langem von dem Mädchen nichts gehört hatten, hatten vor kurzem bei der früheren Dienstherrschaft angefragt und wurden dadurch auf den Selbstmord aufmerksam. Nach den von der Behörde aufbewahrten Kleidungsstücken haben sie die Tote als die P. rekonnoziert.

Im Schillerpark verhaftet wurden zwei Einbrecher, die einen Beutezug nach Schöneberg unternommen hatten. Ein Kriminalbeamter bemerkte, wie sich drei Männer mit schweren Koffern und einem Reisefeld schlepten. Es gelang ihm, zwei der Männer zu stellen und festzuhalten. Der dritte lag alles, was er trug im Stuch und entkam. Die beiden Festgenommenen behaupteten, sie hätten von einem unbekanntem Manne Sachen zu tragen bekommen und sich dann zufällig im Schillerpark getroffen. Auf dem Polizeipräsidium entpuppten sie sich als zwei alte Einbrecher namens Lange

und Volgin, die schon oft bestraft sind. Mit dem entkommenen Spiegeleisen hatten sie in der Hauptstraße zu Schöneberg einen Laden der Lederwarenfabrik von Jordan u. Ko. geräumt und die reiche Beute erst nach dem Schillerpark geschleppt, um von dort sich nach Abnehmern umzusehen.

Die Einweihung der Moschee im Postener „Goldmondlager“ hat am gestrigen Dienstag mittag in Gegenwart zahlreicher höherer Offiziere stattgefunden. Bei der Feier war der türkische Vorkämpfer Mahmud Mulhtar Pascha mit dem Vorkämpfer Menemli zades Ebbem Bey und dem Militärattaché Oberstleutnant Djemil Bey anwesend. Ferner waren der Inspektor der Gefangenenlager, General v. Strubberg, General Schneider sowie mehrere Vertreter des Generalstabes, des Kriegsministeriums und des Militär-Kontingents IV erschienen.

Nach der Flucht durch den Verbindungskanal ergriffen wurde ein Ladenassistent in Charlottenburg. Ein Mann namens Staats schlich sich in eine Wirtschaft der Straße 12 und leerte die Ladentasse. In diesem Augenblick kam die Wirtin aus dem Nebenraum, in dem sie sich aufgehalten hatte, durch ein verdächtiges Geräusch aufmerksam gemacht. Sie ergriff die Flucht. Von der Wirtin und anderen Zeugen verfolgt, sprang er ohne weiteres in den Verbindungskanal und schwamm hindurch. Dort waren aber Leute schon aufmerksam geworden und nahmen ihn fest.

Ein internationaler Taschendieb wurde gestern in einem Warenhaus am Alexanderplatz verhaftet. Er entpuppte sich als der von den deutschen Polizeibehörden schon seit Jahren gesuchte 34 Jahre alte Händler Josef M a u s, der seine Spezialität früher nicht nur in Berlin, sondern auch in der Provinz und im Auslande betrieb. Vor Ausbruch des Krieges befand er sich in Paris, wo er unter dem holländischen Namen Vandebilt lebte und sich vom Zeitungshandel ernährte. Da er sich aber dort jedenfalls nicht sicher fühlte, lehrte er über die Schweiz nach Deutschland zurück und begann in Berlin wieder seine alte Viehhäberlei. Gleich beim ersten Versuch erteilte ihn aber das Pech, auf frischer Tat ertappt zu werden.

Aufgewärmte Oberverwaltungsgerichtsentseide.

In letzter Zeit gingen durch die Blätter Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts, bei denen es sich um Entscheidungen neueren Datums nicht handelt. Anscheinend sucht eine Korrespondenz alte Urteile des Oberverwaltungsgerichts aufzuwärmen und bürgerlichen Blättern zu servieren. Um eine solche aufgewärmte recht alte Entscheidung handelt es sich bei der gestern von einigen Berliner Blättern wiedergegebenen, betreffend Augustwidlung und Wohnviertel usw. Wir möchten feststellen, daß dieselbe bereits über ein Jahr alt ist.

Ein Brandunglück, dem ein Kindesleben zum Opfer fiel, hat sich vorgestern in Lichtenberg ereignet. Die dort wohnende Frau Bouvain hatte, während sie die Hausreinigung besorgte, ihren vierjährigen Sohn Kurt allein schlafend in der Wohnung zurückgelassen. Während der Abwesenheit der Mutter erwachte der Kleine, kletterte aus dem Bett und begab sich nach der Küche, wo er eine Schachtel Streichhölzer fand. Beim Spielen mit den Händhölzern entzündete sich diese und setzten das Nachtsend des Kindes in Brand. In seiner Angst kletterte der Knabe in sein Bett zurück. Hinzukommende Geschwister riefen die Mutter herbei, die ihr Kind mit schweren Brandwunden am ganzen Körper vorfand. Im Lichtenberger Krankenhaus, wohin der Kleine gebracht wurde, starb er bald nach der Aufnahme.

Aus den Gemeinden.

Haltet die Straßen rein.

Vom Charlottenburger Magistrat erhalten wir folgende Zuschrift:

Es gewinnt den Anschein, als ob die Einwohner der Stadt Charlottenburg während der Kriegszeit auf den Straßen weniger achtam sind, als früher während der Friedenszeit; wenigstens sind noch nie Papierfetzen, Obstreste und dergleichen in solchem Umfange auf die Straßen geworfen worden, wie jetzt, obwohl das Fortwerfen derartiger Dinge strafbar ist. In jeder Straße sieht man Obstreste liegen, die den Fußgängern gefährlich werden und in der Nähe von Zeitungsverkäufern, Zettelverteiltern, Kaufhäusern, Kneipen und dergleichen häuft sich achtlos fortgeworfenes Papier in Mengen, das die Straßen verunreinigt und verunreinigt und vom Winde hin und her geworfen wird. Der Mißstand hat zurzeit einen solchen Umfang angenommen, daß die städtische Straßenreinigung ihn nicht mehr ordnungsmäßig beseitigen kann, da es ihr nicht möglich ist, die erforderlichen Arbeitskräfte zu beschaffen. Hier kann nur ein öffentlicher Hinweis helfen. Jedermann verneide es, Papier und Obstreste auf die Straße zu werfen! Man nehme sie nach Hause mit und überantwort sie dem Feuer oder dem Müllkasten.

Es könnte unserer Auffassung nach durchaus nicht schaden, wenn auch in anderen Orten dieser Art des Charlottenburger Magistrats Berücksichtigung finden würde.

Mietvereinigungsamt in Reinickendorf.

Ein Miets- und Hypothekeneinigungsamt zu errichten, beschloß die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung. Unsere Genossen stimmten grundsätzlich zu, machten aber ihre endgültige Zustimmung von dem vorzulegenden Ortsstatut und der vom Gemeindevorstand in Vorschlag zu bringenden Zusammenfassung abhängig. Bei der Wahl der Vertreter zum Kanalisationszweckverband wurden unsere Genossen Gursch und Dalle, zu deren Stellvertretern die Genossen Höpfer und Heinrich Schulze gewählt. Unsere Genossen waren in diesem Ausschuss bisher nicht vertreten.

Stadttrat Lehdel aus Charlottenburg wurde einstimmig zum zweiten Bürgermeister von Halle gewählt.

Soziales.

Altes oder neues Recht?

Der Schloffer P. L. hat am 27. Februar 1911 durch Betriebsunfall eine schwere Gehirnerschütterung erlitten. Der von ihm erhobene Anspruch auf Unfallrente wurde von der Straßen- und Klein-Bahn-Vereinsgenossenschaft abgelehnt, weil das nervöse Leiden bei ihm unabhängig vom Unfall entstanden sei. Im Vereinsgerichtsverfahren kam die Vereinsgenossenschaft dann doch dazu, den Anspruch des P. auf Unfallrente anzuerkennen. Im weiteren Verlauf mußte für P. ein Fliegert bestellt werden, da er nicht mehr imstande war, seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Während seines Aufenthalts in der Anstalt wurde der Familie die Angehörigenrente gewährt. Die Vereinsgenossenschaft setzte den Jahresarbeitsverdienst auf 1530,82 M. fest.

Am 30. November 1911 ist L. verstorben. Die Witwe machte Ansprüche auf die Hinterbliebenenrente geltend, die auch von der Berufsgenossenschaft durch Bescheid vom 23. Dezember 1912 anerkannt wurde. Die Hinterbliebenenrente wurde nach demselben Jahresarbeitsverdienst berechnet, der für die Rente des Unfallverletzten maßgebend war. Die Hinterbliebenen waren indessen anderer Meinung und forderten, der Rentenberechnung nunmehr den vollen Jahresarbeitsverdienst zugrunde zu legen. Denn es handelte sich bei der Hinterbliebenenrente um einen selbständigen neuen Rechtsfall und daher können die günstigen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung bei der Rentenberechnung den Hinterbliebenen zugute. Das königliche Oberverwaltungsamt gab der Berufung indessen nicht statt. Die Abweisung der Berufung begründete es damit, daß der Tod des L. bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, dem 1. Januar 1913, eingetreten war.

Gegen die Entscheidung legten die Kläger Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein und baten, gerügt auf die Ausführungen in der Berufungsschrift, unter Aufhebung der Urteile der Vorinstanzen dem Rekurse stattzugeben.

Der Rekurs hatte Erfolg. Der erkennende Senat des Reichsversicherungsamts hob das angefochtene Urteil des Oberverwaltungsamts und den Bescheid der Berufsgenossenschaft auf und verurteilte die Berufsgenossenschaft, der Rentenberechnung den vollen Jahresarbeitsverdienst von 1619,75 M. zugrunde zu legen. In der Begründung des Urteils des erkennenden Senats heißt es unter anderem:

„Die Auffassung der Beklagten, daß, nachdem bereits durch die Bescheide vom 22. Juni 1911 und 1. August 1912 für die Angehörigen des Schloßers P. L. die Rente nach einem Jahresarbeitsverdienst von 1330,92 M. berechnet worden sei, dieser auch der Berechnung der hier streitigen Rente zugrunde gelegt werden müsse, kann für zutreffend nicht erachtet werden. Hier handelt es sich um die Hinterbliebenenrente, und dieser, durch den Tod des Verletzten begründete Anspruch ist ein durchaus selbständiger und von dem auf die Angehörigenrente erschiebener. Es ist daher unzulässig, die für die letztere getroffene Festsetzung als eine rechtsmögliche Entscheidung für die jetzt streitige Rente anzusehen und auf diese anzuwenden. Bei der schon gebotenen neuen Feststellung der Hinterbliebenenrente ist davon auszugehen, daß diese Feststellung im Sinne des Artikels 60 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung zum ersten Male erfolgt, und daß daher der Jahresarbeitsverdienst nach den für die Kläger günstigeren Vorschriften der Reichsversicherungsordnung berechnet werden muß. Die gegenteilige Annahme des Oberverwaltungsamts, welche den Klägern diese Vergünstigung versagen will, übertrifft, daß gerade, weil der Tod des L. schon vor dem 1. Januar 1913 eingetreten ist, nach der Bestimmung im Absatz 2 des angezogenen Artikels 60 die Anwendung jener für die Kläger vorzuziehender Vorschriften der Reichsversicherungsordnung geboten ist. (Zu vergleichen die in einem ähnlichen Fall ergangene Rekursentscheidung vom 17. April 1914, L. a 22 796/12 in Sachen W. gegen Annapflicht-Berufsgenossenschaft, sowie Rekursentscheidung Nr. 1859, Amtliche Nachrichten des R.V.A. 1911 Seite 395.) Hieraus folgt, daß der Berechnung der streitigen Rente der volle Jahresarbeitsverdienst des Verstorbenen im Betrage von 1619,75 Mark zugrunde zu legen ist. Denn nach § 563, Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung findet eine Kürzung des Jahresarbeitsverdienstes bei der Berechnung einer Unfallrente nur statt, soweit dieser die Summe von 1800 Mark übersteigt.“

## Gerichtszeitung.

### Großmännlichkeit.

Das phantastische Lügengewebe eines kriegsbegeisterten 15jährigen Gymnasiasten gelangte in einer Verhandlung zur Erörterung, welche gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Wegen Fälschung öffentlicher Urkunden in gewinnstüchtiger Absicht, einfacher Urkundenfälschung, Betruges und unbefugten Tragens des Eisernen Kreuzes war ein jetzt 16jähriger früherer Gymnasiast angeklagt.

Der Jungling war zuletzt Schüler der Obersekunda eines hiesigen Gymnasiums. Als bei Kriegsausbruch sich mehrere ältere Schüler begeisterungsvoll als Kriegsfreiwillige meldeten, versuchte auch der damals 15jährige M., der sich schon von jeher stark für die Marine interessiert hatte und Werke maritimer Art förmlich verschlang, die Erlaubnis seines Vaters zu erhalten, die ihm mit Rücksicht auf seine Jugend verweigert wurde. Um sich vor seinen Mitschülern groß zu tun, erzählte er ihnen, daß er es durchgesetzt habe, auf der Fünfschiffen Rauhen als Marinetelegraphist ausgebildet zu werden. Er erreichte damit, daß er wiederholt von Hause und von der Schule fernbleiben konnte, da er angeblich an „Nachübungen“ teilnehmen müsse. In geschickter Weise benutzte er die Weihnachtsferien dazu, um seinen Mitschülern erzählen zu können, er sei zur Marine eingezogen worden. Tatsächlich erschien der fünfzehnjährige eines Tages, den Arm in der Binde, in einer Matrosenuniform und mit dem Eisernen Kreuz geschmückt. Er erzählte, daß er an dem Seegefecht bei Helgoland teilgenommen habe und am linken Arm verwundet worden sei, so daß der Arm gelähmt sei. An der Wunde trug er ein Band mit den Buchstaben „E. T.“, welche er damit erklärte, daß er Marine-Entsch.-Telegraphist geworden sei. Aber als er bei seinen Mitschülern auf Unglauben stieß, beschloß M. sich die Beweise zu verschaffen. Mit einem für einen so jungen Menschen geradezu fabelhaftem Raffinement, begann er nun alle möglichen militärischen Urkunden herzustellen. So fertigte er sich ein tauschendes nachgemachtes Soldbuch an, welches auf den „Marineoberleutnanten M.“ lautete und mit einem Abrietempel und allen möglichen Eintragungen militärischen Charakters versehen war, an. Auf der Schreibmaschine seines Vaters fertigte er ferner „Urlaubsscheine“ an, die er mit verschiedenen Stempeln verah, so daß selbst die Eisenbahnbehörde damit getäuscht wurde, denn gleichzeitig fälschte er einen Eisenbahn-Freifahrschein in die Umgegend Berlins und auch nach Wittenberge ohne Entgelt unternehmen konnte. Zu dieser Fahrt hatte er einen anderen Gymnasiasten mitgenommen, dem er eine ebenfalls gefälschte Urkunde der Marinebehörde vorgelegt hatte, nach welcher er berechtigt sei, sich einen „Assistenten“ zu halten. An anderen Stellen gab sich der phantastische junge Mann als „Obermatrose“, „Telegraphenmaat“, „Offiziersdienstitler“ aus und legte verschiedene raffiniert gefälschte Urkunden, so u. a. die Urkunde über die Verleihung des Eisernen Kreuzes vor. In der Matrosenuniform mit dem Ehrenzeichen ließ er sich auch fotografieren, um das Bild in einen gefälschten Ausweisschein einzulassen und sich so eine neue Legitimation zur Fortführung seines Lügengewebes zu verschaffen. Aus Telegrammen, die an seinen Vater gerichtet waren, entfernte er die Schrift oder die aufgeschriebenen Schriftzeichen und gab den Formularen dann einen anderen Inhalt, um sie bei passender Gelegenheit zu einem neuen Schwindel zu verwenden. — Da mehrere der gefälschten Urkunden als „öffentliche“ im Sinne des Gesetzes anzusehen waren, so hätte sich M. nach vollendetem 18. Lebensjahre sogar vor den Geschworenen zu verantworten gehabt. Er ist, nachdem die Schwindeleien zur Entdeckung gekommen waren, von seinem Vater sofort in einer auswärtigen Schule untergebracht worden, wo er unter strenger Aufsicht steht.

In der gestrigen Verhandlung gab der Angeklagte unter Tränen seine Verfehlungen zu, zu denen er ein Motiv nicht anzugeben vermochte.

Staatsanwalt Dr. Erich erklärte es für recht schwer, in diesem Falle für die Straftaten den richtigen psychologischen Untergrund zu finden. Der Angeklagte sei nicht durch Großmännlichkeit zu Fall

gekommen, sondern durch eine ganz gewöhnliche Däse, aus der sich dann alles andere entwickele habe. Der Angeklagte hatte seinen Schulkameraden gegenüber renommier, daß er als Mann angenommen worden sei und aus Scheu, seinen Schwindel einzugehen, sei er dann von der straflosen Däse zu den strafbaren Handlungen gekommen, die er mit einer allerdings erstaunlich regen Phantasie in Szene gesetzt habe. Er sei nicht nur der schweren Urkundenfälschung, sondern auch des Betruges gegen den Post- und den Eisenbahnfiskus, sowie der unbefugten Zulassung von Orden und Titeln schuldig zu sprechen. Da der Angeklagte aber nicht das sei, was man einen Verbrecher nenne, auch keine Verbrechernatur darstelle, so empfehle es sich, ihn der bedingten Verurteilung zu empfehlen. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis und Verweis.

Geb. Justizrat Friedmann schloß sich in psychologischer Beziehung den Ausführungen des Staatsanwalts an. Dieser befähigte junge Angeklagte, der von jeher für die Marine geschwärmt und sich im Geiste wohl schon als großer Seeheld gesehen habe, sei von der stürmischen Kriegspantastie, die so viele Jünglinge nach Ausbruch des Krieges ergriffen, in besonders starkem Maße heimgeführt und auf bedauerliche Irrwege geleitet worden, für die er sich selbst keine Rechenschaft abgeben könne. Materielle Vorteile habe er nicht erstrebt, deshalb könne es sich auch nur um einfache Urkundenfälschungen handeln, für die eine möglichst milde Strafe ausreichend erlaube; auch seien die Kriterien des Betruges nicht vorliegend. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und verurteilte den Angeklagten wegen einfacher Urkundenfälschung und Uebersetzung zu 2 Monaten Gefängnis und einem Verweis.

### Posträubereien.

Die 4. Strafkammer des Landgerichts I hatte sich gestern wieder mit zwei Fällen von Posträubereien zu beschäftigen. Der frühere Postunterbeamte Franz Krüger, ein Mann, der fast 11 Jahre im Postdienst gestanden, hat nachgewiesenermaßen in zirka 50 Fällen sich den Inhalt von Feldpostsendungen, die als unbestellbar zurückkamen, angeeignet. Er wurde zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Der 18jährige Postausbeifer Wilhelm Münze, der sich an dem Inhalt von Feldpostsendungen vergangen, erhielt eine Strafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis.

### Kriegsschwägerlein.

Daß Kriegsschwägerlein sehr wohl strafbar sein können, sprach das Reichsgericht am Montag im Gegenfatz zu der Vorinstanz aus.

Daß Hindenburg mit 100 000 Mann in Rußland eingeschlossen worden sei, hatte eine Frau Emilie Albed in ihrem Geschäft „erfahren“. Sie trug dieses Gerücht sofort weiter und erzählte es in einem Verein für Kriegserfrauen. Dort wurde es natürlich auch sofort aufgegriffen und, wie festgestellt ist, von fünf Personen weiterverbreitet. Diese Personen und Frau Albed hatten sich nun deshalb am 31. März wegen Vergehens gegen das Gesetz betreffend der Verlagerungszustand vor dem Landgerichte Ellwangen zu verantworten. Auf Grund dieses Gesetzes hatte der Kommandierende General des 13. Armeekorps am 27. November 1914 eine Verurteilung erlassen, die das Ausstreuen falscher Gerüchte mit Gefängnis bis zu einem Jahr bedrohte. Das Gericht hat die Angeklagten sämtlich von dieser Anklage freigesprochen. In den Urteilsgründen wurde gesagt, es könne angenommen werden, daß die Angeklagten das Gerücht nicht austreteten, um eine Verurteilung herbeizuführen. Im Gegenteil seien sie wohl benutzlos gewesen und hätten erwartet, eine Aufklärung über die Wahrheit oder Unwahrheit dieses Gerüchtes von denen zu erhalten, denen sie es erzählten, indem sie erwarteten, daß diese besser als sie selbst unterrichtet seien. Wegen die Freisprechung dieser fünf Angeklagten hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt, die der Reichsanwalt verwarf. Da nicht genügend festgestellt worden sei, ob etwa eine Verurteilung wegen Fahrlässigkeit hätte eintreten müssen, beantragte er, das Urteil aufzuheben. Das Reichsgericht hob auch das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

## Jugendbewegung.

Der Verband jugendlicher Arbeiter Oesterreichs hat seit Kriegsausbruch 2744 neue Mitglieder gewonnen, 1905 davon allein seit Beginn dieses Jahres. Im Juni waren 310 Beitritte zu verzeichnen. — Ein Abhiebswort des Verbandsorgans an die gemusterten Kitzjahnjäger ist von der Präventionskur vollständig unterdrückt worden.

## Aus aller Welt.

### Aufopferung eines Hilfskrankenträgers.

Uns wird geschrieben:

Am 29. August, dem zweiten Tage der blutigen Schlacht bei ... hatte die 6. Batterie des Osterreichischen Feldartillerie-Regiments Nr. 62 den Angriff der Infanterie zu unterstützen. Zu diesem Zwecke war sie gezwungen, eine fast offene Feuerstellung einzunehmen, in der sie sehr bald starkes feindliches Feuer erhielt, anscheinend von schwerer Artillerie. Ein feindlicher Flieger erschien mehrmals über der Batterie, zeigte durch Leuchtstrahlen dem Feinde die Stellung und unterrichtete ihn über die Wirkung des Feuers. Sieden Stunden hatte die Batterie das Feuer auszuhalten, ohne wirksam erwidern zu können. Der Batteriechef, Hauptmann Gähde, sowie ein Zugführer, Leutnant v. R. Freiherr v. Rolf, waren bereits im Granatfeuer gefallen, ein zweiter Zugführer, Leutnant v. R. Hollander, durch mehrere Granatplitter schwer verwundet. Der Feind schoß Strich auf die einzelnen Geschütze und eins nach dem anderen mußte geräumt werden. Beim Wegbringen der Verletzten und Gefallenen zeichnete sich in erster Linie der Hilfskrankenträger Bodkette aus Welle (Hannover) aus. Fünfmal brachte er verwundete Kameraden aus dem Kampffeld und fünfmal kehrte er zurück, jedesmal unter vermehrter Lebensgefahr, da der Feind immer mehr auch das rückwärtige Gelände unter Feuer nahm. Als er das letzte Mal zurückkam, waren nur noch drei Lebende vorhanden. Der eine von ihnen, sein Zugführer, forderte ihn auf, die Batterie jetzt endgültig zu verlassen; das lehnte der Brave aber ab, mit dem Bemerkten, er lasse seinen Leutnant nicht im Stich. Bald darauf schlug ein Volltreffer in den Munitionswagen, hinter welchem der Offizier und Bodkette Deckung gesucht hatte. Der Wagen wurde zerrissen und begrub den Waderen unter sich. Ein Granatplitter hatte ihm den Rücken zerlegt, ein anderer das Auge getroffen. Die letzten Worte des Sterbenden war die Bitte an den nur leicht verwundeten Offizier, ihn zu verlassen, um nicht auch getroffen zu werden. Jetzt liegt der Tapfere an der Seite seines Hauptmanns und fünf seiner Kameraden an der Stelle bestattet, wo er in treuester Pflichterfüllung sein Leben für seine Kameraden ließ!

Schwere Unwetter in Schweden. Ausgedehnte Teile Schwedens, besonders Südschweden, sind in den letzten Tagen von schwerem Unwetter heimgesucht worden. Durch Blitzschläge wurden über 50 Bauerngehöfte in Asche gelegt und mehrere Personen getötet.

Festige Erdbeben auf einer canarischen Insel. Auf der zur canarischen Inselgruppe (in der Nähe der Nordwestküste Afrikas) gehörigen Insel Fuerteventura wiederholten sich in letzter Zeit Erdbeben und nehmen an Stärke ständig zu, so daß Misse in den Häusern entstehen und diese zusammenstürzen. Die Einwohner sind gezwungen, in Zelte inmitten der Felser zu schlafen. Aus zahlreichen Rissen in dem benachbarten Berge entströmen Rauchwolken. Man erwartet demnächst einen vulkanischen Ausbruch. Die Bevölkerung ist entsetzt und verlangt den Schutz der Behörden.

## Parteiveranstaltungen.

**Erster Wahlkreis.** 4. Abteilung. Der Jahlabend wird jetzt im Restaurant Böhmisch, Markgrafenstr. 73, abgehalten.

**Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt).** III. Abteilung. Jahlabend: Mittwoch, den 14. Juli, bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. **Salinastr. bei Krüger, Bernauer Str. 68.** — **Sahin Morgen:** Donnerstag, den 15. Juli, bei Krüger, Bernauer Str. 68.

**Dritter Kreis.** 3. Abteilung. Für die Bezirke 216—220 a findet ein gemeinschaftlicher Jahlabend bei Döpler, Solmannstr. 16, statt.

**Wilmersdorf.** Die Jahlabende finden statt: 1. und 2. Bezirk: Seelener Str. 54 bei Wige. 3. und 4. Bezirk: Gumpertstr. 30 bei Adam. 5. Bezirk: Kaiserstr. 209 bei Gröfke. 6. 7. und 8. Bezirk: Lauenburger Str. 20 bei Schilling. 9a. Bezirk: Durlacher Str. 7 bei Bauer. 9b. Bezirk: Parcer Str. 2 bei Poljisch.

**Neukölln.** Der gemeinsame Jahlabend der 16. und 17. Abteilung findet im Lokale von Boromatz, Friedenstr. 60, statt. Der gemeinsame Jahlabend der 18. und 19. Abteilung im Lokale von Höfer, Frankfurter Allee 209. Unsere Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, 21. Juli, im Café Bellevue statt.

**Weißensee.** Für den dritten Bezirk findet heute ein gemeinsamer Jahlabend im Lokal von Gary, Viktorstr. 103b, statt.

**Britz-Buckow.** Heute abend 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Bestal (früher Dommit), Rudower Straße 66/67. Vortrag des Genossen Fritz Jubel.

**Friedrichshagen.** Mittwoch abend 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Saal von Haberland, Wilhelmstr. 38. Landtagsabgeordneter Genosse Braun spricht über: „Parteilosigkeit in der Kriegszeit.“ Zutritt nur gegen Vorzeige des Mitgliedsbuches.

**Karlshorst.** Gemeinsamer Jahlabend heute Mittwoch, abend 8 1/2 Uhr, im „Härtendab“. Vortrag des Genossen Dornitz, Redakteur der „Grasbläse-Presse“.

**Oberschöneweide.** Mittwoch abend 8 1/2 Uhr: Gemeinschaftlicher Jahlabend im „Wilhelminenhof“. Vortrag des Genossen Dr. Prell-Geld.

**Friedrichshagen.** Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Lerche, Friedrichstraße 112, der gemeinschaftliche Jahlabend statt.

**Neuenhagen (Cobahn).** Der Jahlabend findet am heutigen Mittwoch, abend 9 Uhr, im Lokale des Herrn Häfjäger, Dattlstraße 12, statt. Tagesordnung: Bericht von der Kreiskonferenz. Persönliche Angelegenheiten und Berichtendes.

**Zeuthen-Miersdorf.** Der Jahlabend findet heute im Lokal des Genossen Eldenburg statt.

## Serienveranstaltungen.

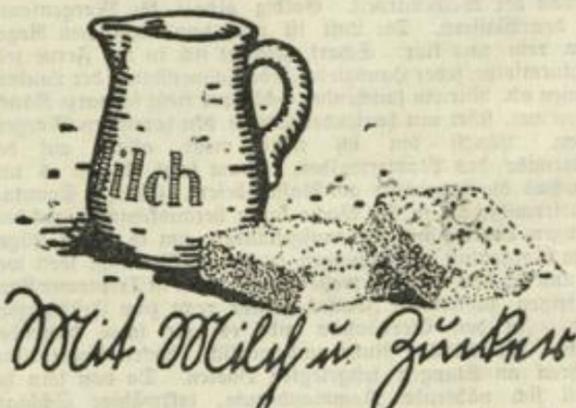
**Pantow.** Donnerstag, den 15. Juli: Ausflug der Kinder über 7 Jahre nach Seelow-Baumwerber. Abmarsch für den Südbahnhof pünktlich 1/8 Uhr vom Jugendheim, Regimiliansstr. 43 a. Für den Nordbezirk pünktlich 8 Uhr nach der Nordbahn, Molanstraße. Jahrgeld 20 Pf. Rundvorrat, Trinktischer und Badezeug ist mitzubringen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Eidenstr. 3, IV. Hof rechts, partiers, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 8 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Persönliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beifügt ist, werden nicht beantwortet. Etliche Fragen bringe man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**Frage 33.** 1. Ja. 2. Ja. Sollten Sie eine Klage erhalten, kommen Sie mit sämtlichen Schriftstücken in die Sprechstunde. 3. Ohne vorherige Klage kann die Abholung der Sachen nicht erfolgen. — **Frage 34.** Wenn kein Testament vorliegt, erbt der überlebende Ehegatte die Hälfte und die andere Hälfte erben die Eltern des Verstorbenen oder deren Abkömmlinge. — **R. P. 100.** Ja. Geburtsurkunde und Scheidungsurteil. — **R. G. 500.** Es ist nicht wahrscheinlich, daß Sie nochmals eingezogen werden. — **R. G. 100.** 1. Ja. 2. Abschrift können Sie jederzeit verlangen. — **Waffa.** Ihr Bruder hätte für die Wette; der Wirt kommt erneut die Sachen spenden. — **R. 23.** Sie können zum Kriegsdienst herangezogen werden, aber wohl kaum zum Dienst mit der Waffe. Der Landwehr ohne Waffe wird jetzt schon einberufen. — **R. 72.** 1. Wenn Ihr Jahrgang einberufen wird, können wir nicht wissen, 2. Das können Sie ja versuchen. — **Klawe 2.** Erhängen Sie sich bei einem Glaser, 2. Versuchen Sie, doch darauf hinzuwirken, daß der Vertrag im Guten gelöst wird. — **Rna 5.** Die Zahlen haben keinerlei Bedeutung. — **R. P. 100.** Die Zahl allein hat keinen Bezug auf die Erkrankung; sie ist jedenfalls nur eine rein militärische Bezeichnung. — **C. R. 11.** Chronische Krankheiten der Atmungsorgane; Landwehr ohne Waffe, Armierungssoldat. 2. Ja. — **R. 2. 3.** 1. Ja. 2. An das Bataillonskommando des leichten Regiments, von dem der Kriegesgefangene eingezogen wurde. — **R. M. 49.** Sie sind wegen Verdrängtheit auf 3 Wochen zurückgestellt. — **R. P. 100.** Landwehr ohne Waffe; Armierungssoldat. L 73 bedeutet: Erweiterung der Postabern (Kampfabergerleiste). — **R. 5.** Die Unterzeichnung kann Ihnen in diesem Falle entzogen werden. — **R. R. 26.** Geben Sie die Klage in der Anmeldebüro des Gerichts, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt, zu Protokoll. — **R. 13.** Bevor die Krankheit nicht behoben ist, werden Sie sicher nicht eingezogen. — **R. R. 48.** 1. Ja. 2. Warten Sie erst die Entscheidung des Gerichts in der Sache ab; nachdem können Sie immer noch Klage einreichen. 3. Erfundigen Sie sich bei der zuständigen Gewerkschaftsorganisation. 4. Je nach dem Objekt; die Kosten sind nicht gering. 5. Ihre Ansicht ist sicher irrtümlich; auch in dem Fall wird gegen den Mann verhandelt. — **Rörber.** Wenn Ihr Mann für Ihren Unterhalt gesorgt hat, haben Sie Anspruch auf Unterstützung. — **R. R. Rein.** — **100 R. G.** 1. Der Lohn des zur Alimentation Verurteilten kann mit Beschlag belegt werden. Der Vater des Sohnes hätte nicht für die Alimentation. Das Urteil ist vier Wochen nach Zustellung desselben rechtskräftig. 2. Ja. — **R. R. 87.** Der Antrag auf Kriegsunterstützung ist an die Steuerkasse zu stellen. — **R. W. 48.** Rein. — **R. M. 1.** Wenden Sie sich an den Bund für Mutterkutsch, Verin-Wilmersdorf, Sigmaringenstr. 25. — **R. 2. 9.** 1. Das halten wir für eine beträchtliche Uebertreibung. 2. Darüber können wir leider keine Auskunft geben. — **R. 3. 28.** Kommt auf die Fragestellung an; Ueber wen wurde Gericht gehalten? über mich. Ueber wen (wo) hat der Gericht gehalten? direkt über mich. — **R. 35.** Wenden Sie sich an die Fortbildungsschule in Oberwalde. — **R. R. 999.** Ja, sonst ist der Stein verloren.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmittag. Zunächst ostwärts fortschreitende Erwärmung und besonders im Osten vielach heiter, später im Westen und dann auch östlich der Oder neue Wolbung und leichte Regenschauer; streichweise Gemitter.



ist Kriegs-Kornfrank auch das Kaffeegetränk für Kranke und Kinder. Mit dem angenehmen kaffeeähnlichen Geschmack und seiner Bockmilklichkeit verbindet Kriegs-Kornfrank noch den Vorzug der Billigkeit. Kriegs-Kornfrank ist überall zu haben. Ganzes Paket 50 Pfennig, halbes Paket 26 Pfennig.